



**Aus der Siedlung,  
für die Siedlung.**

## **Zwangsarbeit in der Hufeisensiedlung – eine verdrängte Geschichte**

**Eine Begleitbroschüre zur gleichnamigen Ausstellung**



**Herausgegeben von der Anwohner\*inneninitiative „Hufeisern gegen Rechts“ anlässlich der Enthüllung einer Gedenktafel für das ehemalige Zwangsarbeiterlager in der Onkel-Bräsig-Straße Nr. 2-4 und Nr. 12 am 24. April 2023, dem 78. Jahrestag der Befreiung der Hufeisensiedlung von der Nazi-Herrschaft, 2. Auflage.**

**Text: Jürgen Schulte, John Klimasek, Detlef Fendt, Ulla Bloch und Jens Saurin**

**[www.hufeiserngegenrechts.de](http://www.hufeiserngegenrechts.de)  
[hufeisern@posteo.de](mailto:hufeisern@posteo.de)**

## Vorwort

Es gibt kaum ein Thema in der deutschen Geschichte, das so beharrlich verschwiegen und verdrängt wurde wie die Existenz von Millionen nach Deutschland zur Zwangsarbeit deportierten Menschen in den Jahren des Zweiten Weltkrieges.

Dies gilt auch für die Hufeisensiedlung.

Erst vor einigen Jahren wurde die Gedächtnislücke geschlossen, in die das Zwangsarbeiterlager in der Onkel-Bräsig-Straße gefallen war.

Kaum ein/e Anwohner\*in konnte oder wollte sich an die Menschen aus Polen und der Sowjetunion erinnern, die hier unter unwürdigen Bedingungen in einer Baracke untergebracht waren. Und doch muss sie zwischen 1942 und 1945 jede/r gesehen haben. Täglich waren die 18 Zwangsarbeiter\*innen durch die Siedlung gezogen, um Straßen und Plätze zu reinigen, Reparaturarbeiten in den Häusern durchzuführen oder Kriegsschäden zu beseitigen.

Nur wenig aus ihrem Dasein lässt sich noch rekonstruieren.

Das Gleiche gilt für die Zwangsarbeiter\*innen, die in Haushalten und Kleinbetrieben unserer Siedlung tätig waren.

Das Wenige, das wir in Erfahrung bringen konnten, haben wir in der Ausstellung „Zwangsarbeit in der Hufeisensiedlung – eine verdrängte Geschichte“ zusammengetragen.



Mit ihr wollen wir an diese Opfer von Krieg und Rassismus erinnern und ihnen den gebührenden Platz in der Geschichte unserer Siedlung einräumen. Neben den Häftlingen in den Konzentrationslagern, den Verfolgten und Emigranten waren es vor allem die Zwangsarbeiter\*innen, die den Tag der Befreiung 1945 als solchen empfunden haben.

Diese Menschen erinnern daran: Rassismus ist ein Macht- und Gewaltverhältnis, ein Mittel zur Unterdrückung und Entwürdigung.

Gerade heute, da die AfD gemeinsam mit anderen Rechtspopulisten und Neofaschisten die Verbrechen des deutschen Faschismus relativiert oder aus den Geschichtsbüchern entsorgen will und Rassismus und Hass gegenüber Menschen predigt, die nicht in ihr völkisches Weltbild passen, stellt die Erinnerung an die Unterdrückung, Entwürdigung und Ausbeutung der Zwangsarbeiter\*innen eine Aufforderung zum Handeln dar.

Rassismus zu tolerieren ist ein Verstoß gegen den Schutz von Menschenwürde und Demokratie. Wenn Menschen wegen ihrer Hautfarbe, ihrer Religion, ihres anderen Lebensentwurfs oder ihrer körperlichen oder geistigen Behinderungen beleidigt, ausgegrenzt oder gar körperlich angegriffen werden, sind dies Zeichen einer Entzivilisierung unserer Gesellschaft. Diese Entwicklung ist der Anfang vom Ende eines demokratischen Gemeinwesens.

Das heutige, durch Vielfalt geprägte Gemeinwesen in unserem Bezirk, in unserer Stadt und unserem Land ist als Schlussfolgerung aus dem menschenverachtenden Gewaltregime des Nationalsozialismus und seiner völkischen Verbrechen entstanden. Lassen wir es uns nicht wieder von denen nehmen, die mit neu aufpolierten antisemitischen Verschwörungsideologien in den Parlamenten, in den Medien und auf der Straße ihre Blut- und Bodenparolen verbreiten. Rechtspopulisten haben keine demokratischen Lösungen, für sie gilt nur die gewaltsame Ausschaltung der nicht mit ihnen Konformgehenden. Die Drohungen von AfD-Politiker\*innen „den Corona-Diktatoren in der Regierung und ihren Lakaien den Garaus zu machen“ sollten wir nicht als lächerliche Selbstüberhöhung beiseiteschieben. Die politische Rechte in Deutschland hat zu viel Elend, Gewalt und Verderben über Deutschland und Europa gebracht, als dass wir dazu schweigen dürfen.

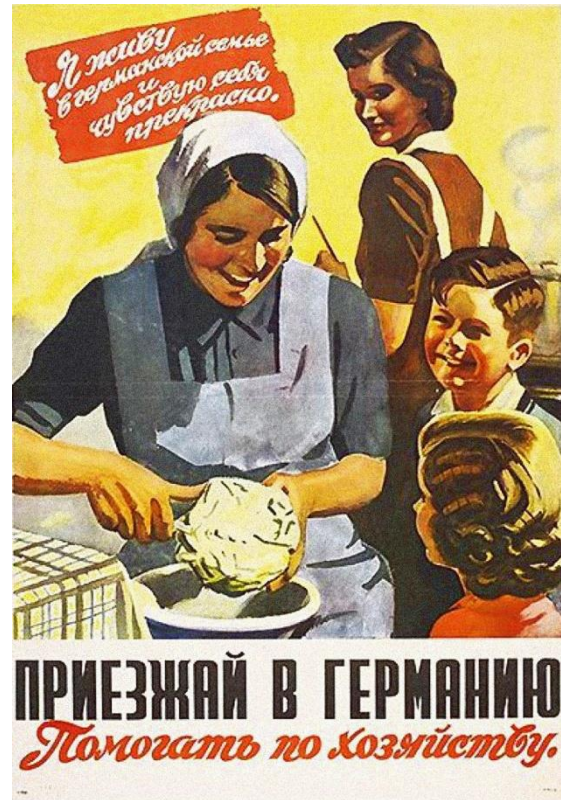
Hier ist Widerspruch vonnöten, in Britz, in Berlin, überall – laut und vernehmlich.

## I. NS-Zwangsarbeit in der Großsiedlung Britz von 1941 bis 1945

Am 1. September 1939 begann mit dem deutschen Überfall auf Polen der Zweite Weltkrieg. Hinter den vorrückenden Truppen errichteten die Arbeitsämter sofort ihre Dienststellen, um in Abstimmung mit dem Reichssicherheitshauptamt und in Zusammenarbeit mit der deutschen



Werbeplakat in Frankreich: "Die schlechte Zeit ist vorbei! Papa verdient Geld in Deutschland!"



Deutsches Werbeplakat in der Ukraine: "Ich wohne in einer deutschen Familie und fühle mich wohl! Komm nach Deutschland, um im Haushalt zu helfen."

Wirtschaft ausländische Arbeitskräfte nach Deutschland zu bringen. Bemühte man sich zunächst, die Menschen anzuwerben, so änderte sich dies spätestens mit dem Überfall auf die Sowjetunion im Juni 1941.



Niederländisches Flugblatt: "Melde dich nicht! Lass dich nicht von den Deutschen erwischen! Sei ein ganzer Kerl und tauche unter!!!"

Dieses hatte zwei Gründe:

Zum einen meldeten sich wesentlich weniger Menschen als erwartet aus den besetzten Gebieten. Die Ausplünderung durch die Besatzungspolitik machte die deutschen Werbeversprechen unglaublich und stärkte die nationalen Widerstandsbewegungen.

Zum anderen wurden die Arbeitskräfte in Industrie, Landwirtschaft sowie Verkehrswesen knapp, da mit zunehmender Dauer immer mehr Männer zur Kriegsführung benötigt wurden. Zwar sollten die als „Fremdarbeiter“ bezeichneten Arbeitskräfte schon allein aus rassistischen Überlegungen nicht dauerhaft in Deutschland eingesetzt werden, doch spätestens der gescheiterte Angriff auf Moskau führte den Nationalsozialisten und den deutschen Wirtschaftsführern deutlich vor Augen, dass die Sowjetunion nicht in einem „Blitzkrieg“ zu bezwingen sein würde.

Um die deutsche Kriegsproduktion sowie die Versorgung der deutschen Bevölkerung zu gewährleisten, wurden vor allem in den osteuropäischen Gebieten die Ressourcen der Länder ausgebeutet. Dazu gehörten nicht nur landwirtschaftliche Produkte und industrielle Rohstoffe, sondern auch die dort lebenden Menschen. Die Folge dieser Strategie war, dass regelrechte Aushebungen in den besetzten Gebieten organisiert wurden. Die arbeitsfähigen Einwohner\*innen ganzer Dörfer, darunter auch 14-jährige Mädchen und Jungen, wurden beispielsweise in der Ukraine, Weißrussland oder Polen gewaltsam zusammengetrieben und nach Deutschland transportiert. Entzogen sich einzelne Personen oder Gruppen der Anordnung, wurden drakonische Strafmaßnahmen – oft als Kollektivstrafen – gegen die Bewohner\*innen verhängt, wie der Stimmungsbericht belegt:

## AMTLICHE BEKANNTMACHUNG! ACHTUNG

Jugendliche der Jahrgänge 1922-25.

An dem ersten Transport der Arbeitsdienstpflichtigen in das deutsche Reich sollen auch die männlichen Jugendlichen beteiligt werden.

Es richten sich daher sämtliche männlichen und weiblichen Jugendlichen der obigen Jahrgänge, die nicht im Besitze eines vom Arbeitsamt angestellten Freistellungsausweises sind, ohne Rücksicht auf die z. Zt. noch von ihnen ausgeübte Tätigkeit auf den nachstehenden Abreisetag ein.

ABREISETAG: Donnerstag, der 3. Juni 1943, 7.00 morgens.

SAMMELPUNKT: Vorplatz des Hauptbahnhofes Kiew.

Für die Jugendlichen aus Darniza und Umgebung fährt um 6.30 Uhr ein Zubringerzug zum Hauptbahnhof Kiew.

Ich erwarte, daß alle in Betracht kommenden Jugendlichen ausnahmslos und pünktlich zur Abreise erscheinen.

Kiew, den 22. Mai 1943.

Der Stadtkommissar in Kiew.

## ОФІЦІЙНЕ ПОВІДОМЛЕННЯ УВАГА

молодь років народження 1922-1925.

У першому транспорті трудовоб'язаних до Німецького Рейху повинні бути участь також і хлопці.

Тому всі хлопці і дівчата вищевказаних років народження, що не мають виданого Біржею праці свідоцтва про зайняття, не звільнюючи на роботу, яку вони зараз ще виконують, повинні приготуватися до наступного дня від'їзду.

**ДЕНЬ ВІД'ЇЗДУ: четвер, 3 червня 1943 р., 7 год. ранню.**

**МІСЦЕ ЗБОРУ: площа перед головним Київським вокзалом.**

Для молоді в Дарниці та її околицях о 6 год. 30 хв. з Дарниці відходить спеціальний потяг до головного Київського вокзалу.

Я чекаю, що вся зобов'язана до цього від'їзду молодь явиться для від'їзду без винятків і точно.

Кіровоград, 22 травня 1943.

Київський Штаб...

Aushang zur Zwangsaushebung in der Sowjetunion (Kiew)

### Stimmungsbericht der Auslandsbriefprüfstelle

*Auszug aus dem geheimen Stimmungsbericht der Auslandsbriefprüfstelle Berlin über in der Zeit vom 11. 9. – 10. 11. 1942 ausgewertete Briefe aus den besetzten Ostgebieten:*

In den Briefen aus der Ukraine zeichnet sich eine weitere, scharfe Verschlechterung der Stimmung ab, und unter dem Eindruck der verstärkten Aushebung von Arbeitskräften für das Reich hat sich der ukrainischen Bevölkerung ein panischer Schrecken bemächtigt.

Entsetzte Schilderungen von Zwangsmaßnahmen der Verwaltungsbehörde zur Erfassung von Ostarbeitern bilden einen Großteil der für die in Deutschland beschäftigten Angehörigen bestimmten Nachrichten aus der Heimat. Die Abneigung, dem Rufe zum Arbeitseinsatz im Reichsgebiet zu folgen, ist offenbar ständig gewachsen, nicht zuletzt infolge der Berichte von Ostarbeitern, die von ihren Arbeitsplätzen nach Hause geflüchtet oder entlassen worden sind. Um dennoch die Arbeitertransporte in der angesetzten Kopffzahl sicherzustellen, werden angeblich Männer und Frauen einschließlich Jugendlicher vom 15. Lebensjahr ab auf der Straße von den Märkten und aus Dorffestlichkeiten heraus aufgegriffen und fortgeschafft. Die Einwohner halten sich deshalb ängstlich verborgen und vermeiden jeden Aufenthalt in der Öffentlichkeit. Zu der Anwendung der Prügelstrafe ist nach den vorliegenden Briefen seit etwa Anfang Oktober das Niederbrennen der Gehöfte bzw. ganzer Dörfer als Vergeltung für die Nichtbefolgung der an die Gemeinden ergangenen Aufforderungen zur Bereitstellung von Arbeitskräften getreten. Die Durchführung dieser letzteren Maßnahme wird aus einer ganzen Reihe von Ortschaften gemeldet.

(Zit. nach: Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof Nürnberg 14. November 1945 bis 1. Oktober 1946, Nürnberg 1947, Band XXV, 018-PS)

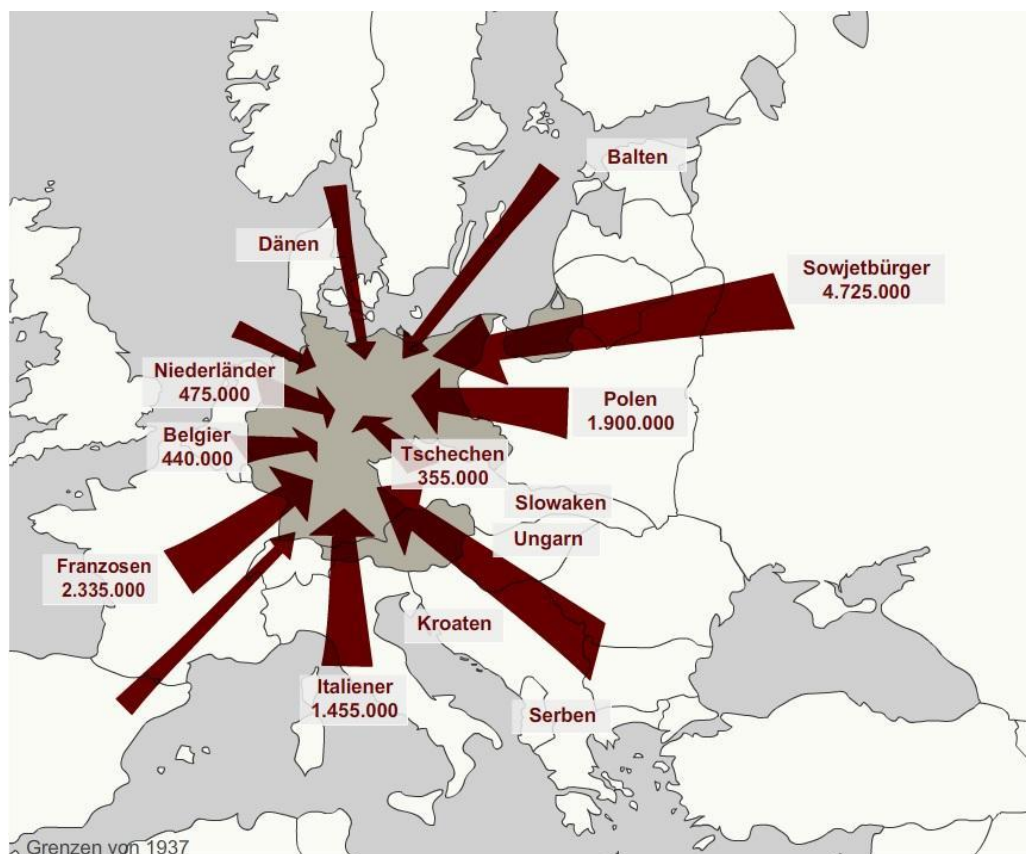
Gemäß dem *Schnellbrief vom 17. Januar 1942* hatte Reichsmarschall Göring "*die Anwerbung von Arbeitskräften in größtem Ausmaß*" angeordnet.

Den Angeworbenen sollte die gleiche Behandlung zukommen wie den russischen Kriegsgefangenen.

### Methoden zur Aushebung von Zwangsarbeiter\*innen:

- Freiwillige Meldungen, vor allem in den ersten Wochen der Besetzung. Bereits im August 1941 berichteten die deutschen Arbeitseinsatzstäbe, dass sich praktisch niemand mehr freiwillig zum Arbeitseinsatz nach Deutschland melde. Razzien und Menschenjagden wurden zur Regel.
- Die Verteilung von Pflichtkontingenten: Bestimmte Regionen und Verwaltungen hatten in einer bestimmten Zeit dafür zu sorgen, dass eine definierte Zahl von Arbeitskräften zu stellen war – auf welche Weise diese Arbeitskräfte beschafft wurden, war freigestellt. Letztlich waren es die einheimischen Exekutivkräfte, welche die Rekrutierungen vorzunehmen hatten.
- Die Dienstverpflichtung ganzer Jahrgänge zur Arbeit in Deutschland. Die deutschen Behörden gingen zur Rekrutierung immer jüngerer Zwangsarbeiter\*innen über; das Generalkommissariat Weißruthenien verpflichtete 1943 Mädchen zwischen 16 und 22 Jahren zum Reichseinsatz, 1944 sogar des Jahrgangs 1930, d.h. der 13- und 14-Jährigen. Von den 77.281 Arbeitskräften, die aus dem Bereich der Heeresgruppe Mitte zwischen Januar und Ende 1944 deportiert wurden, waren 5.418 zehn bis vierzehn Jahre alt und 5.390 jünger als zehn.
- Die gewaltsame Rückführung von Teilen oder der gesamten einheimischen Bevölkerung bei den Rückzügen der Wehrmacht, insbesondere seit 1942/43; ein Teil der Zurückgeführten wurde als Zwangsarbeiter\*innen nach Deutschland verschickt.

**Insgesamt waren es zwischen 1939 und 1945 mehr als 12 Millionen Frauen und Männer aus nahezu allen Ländern Europas, die im Deutschen Reich als Zwangsarbeiter\*innen arbeiteten, die meisten von ihnen aus der Sowjetunion und Polen.**



## Der Weg in die Zwangsarbeit nach Britz

„Zusammen mit anderen Dorfbewohnern wurden wir wie eine Viehherde zu Fuß bis zur Station getrieben.“ (Brief von Olga Bugai an die Berliner Geschichtswerkstatt)

### Der Transport nach Deutschland sollte wie folgt ablaufen:

- Erfassung der Arbeitskräfte durch die Anwerbungscommissionen des Arbeitsministeriums in Auffanglagern, wo die Arbeiter entseucht und die Transporte ins Reichsgebiet zusammengestellt wurden
- Transport mit der Eisenbahn zum Übergangslager im Generalgouvernement oder an der Grenze zum Reichsgebiet, zweite Entseuchung, danach
- Transport in ein Durchgangslager der Landesarbeitsämter, danach
- Transport in Betriebslager oder Einzelunterkünfte, für die Arbeitskräfte zugeteilt worden waren. „Die **Lager** dürfen von den Arbeitskräften **nur zum Zwecke der Arbeit verlassen** werden, zu der sie geschlossen (wie Kriegsgefangene) zu führen sind.“

Für die Bewachung der Lager und der Transporte war die Ordnungspolizei unter Aufsicht des Sicherheitsdiensts (SD) verantwortlich.



**Die Aushebung**



**Die Gesundheitsprüfung**



**Am Bahnhof**



**Der Transport**

In Berlin wurden die Zwangsarbeiter\*innen in unterschiedliche Sammellager transportiert, u. a. in Berlin-Wilhelmshagen, wo auf einer Fläche von etwa 120.000 m<sup>2</sup> in den Baracken 4.800 Menschen untergebracht wurden. Das Lager besaß eine eigene Güterzugrampe am Bahnhof Wilhelmshagen, auf der täglich Züge mit Menschen aus Osteuropa entladen wurden.



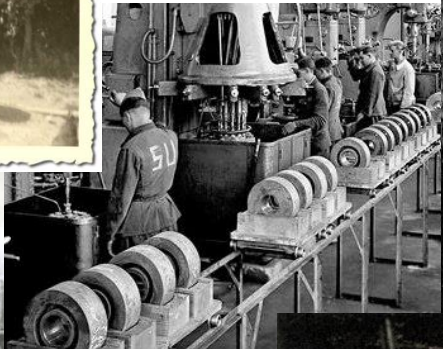
**Die Ankunft im Durchgangslager Berlin-Wilhelmshagen**



**Die Registrierung**

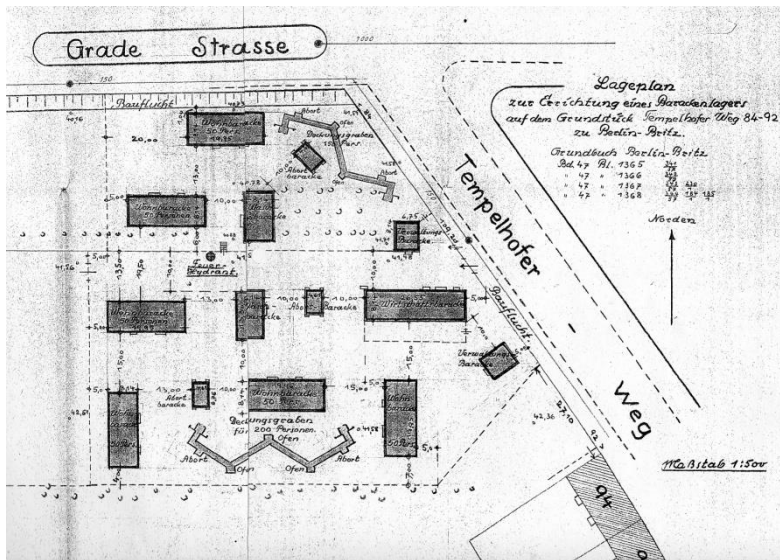
Von hier aus erfolgte die Verteilung auf die unterschiedlichen Arbeitsorte. Ohne Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter wäre nicht nur die Rüstungsindustrie, sondern auch die Versorgung der Deutschen rasch zusammengebrochen. Bahn und Post, Krankenhäuser und Friedhöfe sowie die meisten städtischen Werke bedienten sich der Zwangsarbeit. Die Berliner Verkehrsbetriebe (BVG) etwa berichteten dem Arbeitsamt über die "vielen Ostarbeiterkinder bei uns". Viele der Verschleppten waren auch bei kleinen Handels- und Handwerksbetrieben und in privaten Haushalten als Haushaltshelfen beschäftigt.

### **Beispiele für den Zwangsarbeitseinsatz in Britz**



## In Britz „wohnten“ die meisten Zwangsarbeiter\*innen in Barackenlagern.

Industriebetriebe besaßen eigene Lager. Z. B. hatte die Chemiefirma J. D. Riedel & E. de Haën



**Plan des Zwangsarbeiterlagers der Firma Riedel & de Haën am Tempelhofer Weg / Ecke Gradestraße**

AG ein Lager für 432 Ostarbeiter\*innen am Tempelhofer Weg/Ecke Gradestraße.

Auch das Straßenbahndepot der BVG in der Gradestraße beschäftigte Zwangsarbeiter verschiedener Nationalitäten. Ihr Lager befand sich in der Gradestraße.

Auf dem Britzer Gutshof arbeiteten Zwangsarbeiterinnen, die in einem Lager in der Gutshofstraße/Ecke Buckower Damm untergebracht waren. Am Tempelhofer Weg/Ecke Britzer Damm hatte die Firma Gaubschat ein Lager für 300 Zwangsarbeiter\*innen errich-

tet. Und in der Fulhamer Allee befand sich auf dem heutigen Gelände der Kindertagesstätte ein Lager, in dem holländische und ukrainische Zwangsarbeiter\*innen lebten, darunter eine Ostarbeiterin mit Kleinkind.

Sie waren im Behelfskrankenhaus in der Onkel-Bräsig-Straße, der heutigen Fritz-Karsen-Schule, als Ärzte, medizinisches Hilfspersonal und Reinigungskräfte eingesetzt.



**Baracken des ehem. Zwangsarbeiterlagers Fulhamer Allee (Foto von 1951)**



**Zwei Ostarbeiterinnen mit Kleinkind**

Die Anwohner\*innen aus der angrenzenden Großsiedlung Britz schwiegen sich über die Existenz des Lagers aus. Erst 1998 wurde seine Existenz durch einen Brief an die Leiterin der auf dem ehemaligen Lagergelände bestehenden Kindertagesstätte bekannt. Ein ehemaliger holländischer Zwangsarbeiter hatte bei einem Berlinbesuch den Ort wiedererkannt, auf dem er während des Krieges als Zwangsarbeiter leben musste. Insgesamt standen 47 Barackenlager im Ortsteil Britz.





## Einige Einrichtungsgegenstände

Die Einrichtung war mehr als spartanisch, wie aus der Aufstellung ersichtlich ist:

<b>Belegung</b>	<b>18 Zwangsarbeiter: hier Polen, Ostarbeiter</b>
<b>Schlafstellen</b>	<b>9 Mannschaftsdoppelbetten</b>
<b>Schränke</b>	<b>9 Mannschaftsdoppelschränke</b>
<b>Tische u. Sitzgelegenheiten</b>	<b>2 à 2 m, 18 Schemel</b>
<b>Geschirr u. Besteck pro Person</b>	<b>Essnapf, Becher, Löffel</b>
<b>Bettwäsche pro Person</b>	<b>Strohsack, Kopfpolstersack, 2 Grobgarndecken</b>
	<b>2 Handtücher</b>



Aus dem Bauweltkatalog 1943

Ähnlich wie die standardisierten Holzbaracken war auch die Einrichtung weitgehend normiert und wurde per Katalog angeboten.

Da die Baracken nicht isoliert waren, litten die Arbeiter\*innen im Winter sehr unter der Kälte. Das dünne Bettzeug bot keinen Schutz und so wurde jedes Kleidungsstück benutzt, um sich damit zuzudecken. War es besonders kalt, schlief man angezogen. Da das Brennmaterial für den Küchenherd und den Kanonenofen knapp bemessen war, dienten zuweilen auch die Bettlatten als Ersatz. Das sorgte aber für Streit, da nicht jede/r ein paar Bretter seines Bettes opfern wollte.

Auch für das Essen wurde billiges Blechgeschirr zur Verfügung gestellt.

## Fundstücke aus dem Lager Hamburg-Fuhlsbüttel

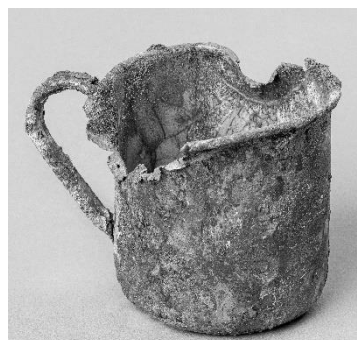


Blechkanne



Blechnapf

Blechtasse



Blechlöffel, Brillenetui, Mundharmonika

## Die Lebens- und Arbeitsbedingungen im Lager Onkel-Bräsig-Straße

Bereits vor 1933 beschäftigte die GEHAG für die Hufeisensiedlung eigene Handwerker, die Reparatur- und Sanierungsarbeiten in und an den Häusern vornahm. Diese Praxis wurde nach der faschistischen Machtübernahme und der Eingliederung der GEHAG in die Deutsche Arbeitsfront (DAF) fortgeführt.

Wie in vielen wirtschaftlichen Bereichen entwickelte sich im Laufe des Krieges ein zunehmender Mangel an Arbeitskräften, so auch bei der GEHAG. Da die Zuweisung von Zwangsarbeiter\*innen mit der Verpflichtung zur Unterbringung verbunden war, ließ die GEHAG Ende 1941 das Barackenlager in der Onkel-Bräsig-Straße für 18 Zwangsarbeiter\*innen errichten, die die wenigen noch nicht zum Militärdienst eingezogenen Handwerker unterstützen sollten.



DHM, Berlin, A 93 / 18

Zugewiesen wurden polnische und ukrainische Zwangsarbeiter\*innen, also Menschen, die nach der nationalsozialistischen Rassenideologie am unteren Ende der Rassenhierarchie standen. Sie unterlagen besonders diskriminierenden Sondererlassen: den „Polenerlassen“ vom 8. März 1940 und den „Ostarbeitererlassen“ vom 20. Februar 1942. Um diese Rechtsvorschriften im Alltag umzusetzen, wurden die beiden am stärksten diskriminierten Gruppen ausländischer „Zivilarbeiter\*innen“ durch die „P“- und

„OST“-Abzeichen öffentlich stigmatisiert. Die häufig kontrollierte Kennzeichnungspflicht hatte eine klare Funktion. Die Pol\*innen und Ostarbeiter\*innen sollten nicht nur ganz allgemein als „minderwertige Menschen und Fremdkörper“ gebrandmarkt, sondern auch in Geschäften, Gaststätten, Verkehrsmitteln und anderen öffentlichen Orten sofort erkannt und gegebenenfalls zurückgewiesen werden. Die Kennzeichen erschwerten auch aufgeschlossenen Deutschen den Umgang mit ihnen. Kontakte zu Deutschen sollten auf das Notwendigste eingeschränkt werden, der Besuch kultureller Veranstaltungen und nächtlicher Ausgang waren verboten, ebenso der Besitz eines Radios. Auf Geschlechtsverkehr mit Deutschen standen drakonische Strafen, öffentliche Verkehrsmittel und später sogar Fahrräder durften von diesen beiden Personengruppen nicht genutzt werden.




DHM, Berlin, A 93 / 12



Der Ausschluss der osteuropäischen Zwangsarbeiter\*innen aus dem öffentlichen Leben sollte den Diskriminierten deutlich machen, dass sie lediglich als Arbeitskräfte und nicht als Menschen gefragt waren. Gesellschaftliche Teilhabe war lediglich mittels Verstoßes gegen die Verordnungen und Gesetze möglich. Gleiches galt für die Versorgung mit Lebensmitteln, die z. T. nur über Mundraub möglich war. Das trieb sie in der öffentlichen Kriminalstatistik an die Spitze und diente der Nazi-Propaganda als Beweis für die ständige Bedrohung durch die „unzivilisierten Untermenschen“ aus Osteuropa, von denen man sich besser fernhalten möge.

## Arbeitszeit und Ernährung

Gearbeitet wurde zwischen 10 und 11 Stunden pro Tag, je nach Arbeitsanfall. Sonntag war arbeitsfrei. Ab 21 Uhr herrschte Ausgehverbot. Verstöße wurden mit verschärften Ausgehver-

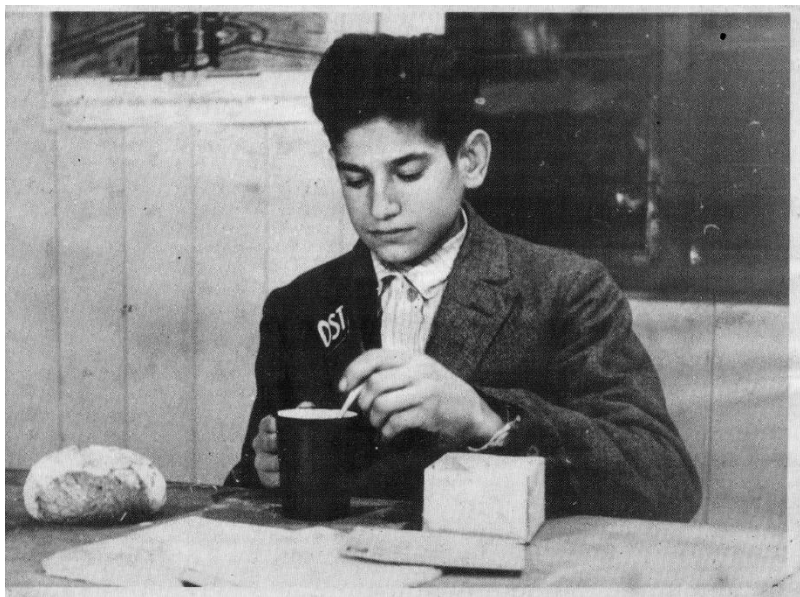
Bipolarbeiter(in) aus Sowjetrußland		Transport Transport-Nr. 55754
Name (bei Frauen auch Geburtsname): Wasilitschenko И.И.Г.А.Х.А.К.О.		
Vorname: Alexander		
Geburtsort und -zeit: 27.12.24 in Krugloe		
Beruf: früherer jetziger Hilfsarbeiter		
Familienstand: led.      Zahl der Kinder: 0.		
Religion: gr.kath.		
Heimatort (Dorf/Ort, Bezirk, Kreis, Ort, Straße, Nr.): Krugloe		
Besondere Bemerkungen:		
A 203 (1.43) Stichtafelort, Seite      Din 470 A 4		

Arbeitskarte des sowjetischen Zwangsarbeiters  
Alexander Wasilitschenko

böten, Essensentzug, Prügel- oder Geldstrafen geahndet. Da die Arbeiter\*innen nur wenig Geld besaßen und ihr Zugang zu öffentlichen Einrichtungen äußerst eingeschränkt war, spielte sich die Freizeit weitgehend im Lager ab. In der Regel arbeiteten die Zwangsarbeiter\*innen als Zuarbeiter der GEHAG-Handwerker, kamen jedoch mit zunehmender Kriegsdauer auch selbständig zum Arbeitseinsatz. In diesen Situationen kam es vor, dass Bewohner\*innen der Siedlung ihnen etwas Geld, Lebensmittel oder Kleidung zusteckten. Darüber hinaus gab es einen antifaschistischen Kreis um

die Lehrerin Margarete Kubicka aus der Onkel-Bräsig-Str. 46 und den Arzt Dr. Viktor Kuhr aus Hanne Nüte 8, der eine Unterstützung der Lagerbewohner kontinuierlich über den Zeitraum von 1942 bis 1945 betrieben hat. Diese Hilfen waren bitter nötig, denn die Verpflegung im Lager war katastrophal.

Abends bereiteten sich die Arbeiter\*innen ihr Essen, meistens Kartoffeln mit Kohl, in kleinen Gruppen auf dem Herd in der Baracke zu. Ein erträgliches Leben war nur mit den Lebensmittelspenden aus der Bewohnerschaft möglich. Grundsätzlich war die GEHAG für die Ernährung der Lagerinsassen zuständig. Die Rationen orientierten sich weitgehend an den offiziellen Mengenvorgaben, wobei die Qualität der Lebensmittel allerdings häufig minderwertig war: Die Wochenration pro Arbeiter\*in setzte sich zusammen aus 2.700 - 3.000 g Brot, 130 - 150 g Fett in Form von Margarine und 200 - 250 g Suppenfleisch. Hinzu kamen jeweils ca. 1.000 - 1.500 g Kartoffeln und/oder Kohlrüben, je nach Versorgungslage. Als Folge dieser Mangelernährung kam es zu Obst- und Gemüsediebstählen in den Gärten der Siedlungsbewohner\*innen. Das wiederum führte zu Beschwerden, die meistens mit Zuweisungskürzungen von der Lagerverwaltung geahndet wurden. In schwereren Fällen – so hatte ein Zwangsarbeiter im Umfeld des Lagers in den Gärtneireien Schlingen zum Kaninchenfang ausgelegt – schritt allerdings die Gestapo ein. Häufig war die Einweisung in ein Arbeitserziehungslager die Folge.



Der 18jährige Sidor N. aus der Ukraine: "Ich sitze am Tisch in der Baracke. Auf dem Tisch liegt meine Essensration: das sind 300 g Brot, in der Schachtel 20 g Zucker und 20 g Margarine."

## Kleidung und Hygiene

Als Deportierte hatten die Lagerinsassen nur wenige Kleidungsstücke nach Britz mitnehmen



Der 15jährige Michael Korokowitsch  
aus der Ukraine

Arbeitszeiten führten zwangsläufig zu Erschöpfungssymptomen und Krankheiten. Während Arbeitsunfähige einfach ausgetauscht wurden, wurden Krankheiten von Dr. Fritz Scriba aus der Fritz-Reuter-Allee 46 behandelt, der in einigen Fällen auch Überweisungen ins Neuköllner Krankenhaus ausstellte. Beispielsweise wurden 1942 die polnischen Zwangsarbeiter Stanisław B. und Joseph H. nach mehrwöchigen Behandlungen aus dem Neuköllner Krankenhaus „gebessert“ (also nicht geheilt) als wieder einsatzfähig in das Lager Onkel-Brä-

können. Durch die tägliche Arbeit und die Wäsche mit billigen Waschmitteln war die Abnutzung kaum zu übersehen.

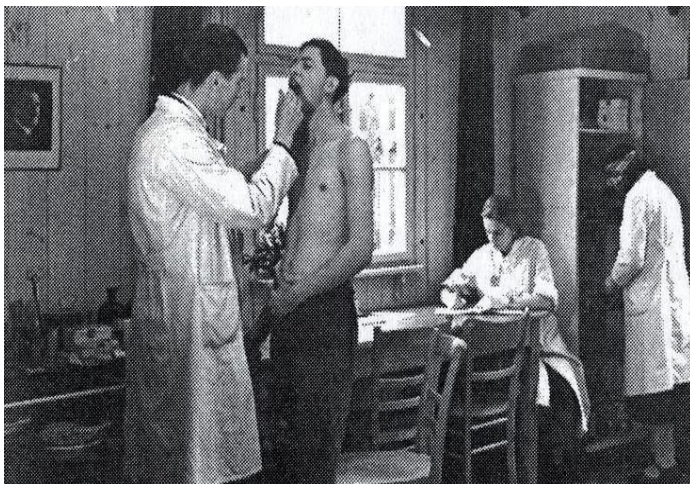
Ersatz gab es für die polnischen und russischen Arbeiter\*innen nur in Form von besonders grober Kleidung, die sowohl für die Arbeit als auch für die Freizeit zu verwenden war. Für sie wurden z. B. spezielle Schuhe hergestellt, bei denen kein Leder oder Gummi verwendet wurde.

Gerade im Winter waren die heimlichen Hilfen von Familien oder Einzelpersonen aus der Hufeisensiedlung für das Überleben der Zwangsarbeiter\*innen von größter Bedeutung.

Die beengte, nicht wärmeisolierte Unterkunft sowie der Mangel an sauberer Kleidung, Bettzeug, Handtüchern und einfachsten Hygieneartikeln bis hin zur Seife in Verbindung mit der Mangelernährung und den langen



Blick in den Koch-, Wasch- und Aufenthaltsraum  
einer Unterkerkungsbaracke

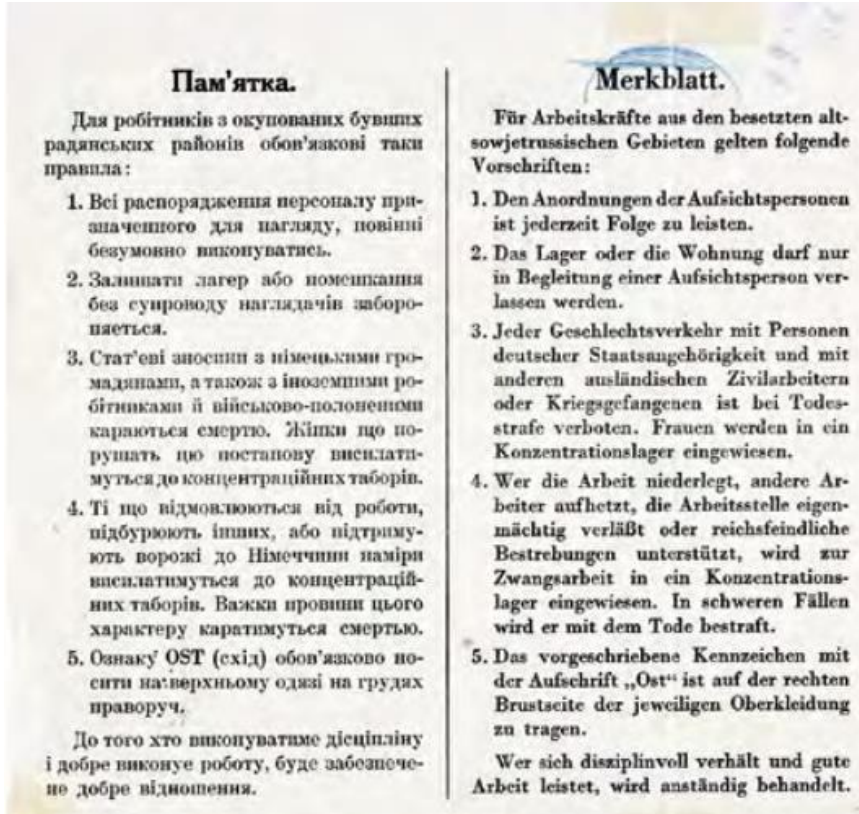


Untersuchung im Schnellverfahren

sig-Str. 12 entlassen. Zwangsarbeiter\*innen mit schweren Erkrankungen, wie z. B. Tuberkulose, wurden in ein gesondertes „Ausländerkrankenhaus“ eingeliefert, in dem vor allem osteuropäische Arbeiter\*innen unter geringstem medizinischen Aufwand wieder „arbeitsfähig“ gemacht werden sollten. Auch hier war der Umgang rassenpolitisch geprägt. Eine gemeinsame Krankenversorgung von Deutschen und „minderwertigen“ Osteuropäern sollte unter allen Umständen vermieden werden.

## Verhalten der Anwohner\*innen gegenüber den Zwangsarbeitern des Lagers

Die rassenpolitische Legitimation der Rechtlosigkeit und Ausbeutung der polnischen und sowjetischen Zwangsarbeiter\*innen schlug sich auch in Vorschriften zum Umgang von deutschen Bewohnern mit den Zwangsarbeiter\*innen nieder, die ein weitgehendes Kontaktverbot vorschrieben.



Vorschrift für "Ost"-Arbeiter

Sowohl die Verbote mit den darin enthaltenen Strafanordnungen als auch deren rassenideologische Begründung zeigten bei der deutschen Einwohnerschaft Wirkung, wie die folgenden Zitate belegen.

„Die Bewohner der Hufeisensiedlung konnten den schlechten Zustand der Häftlinge nicht ignorieren. Das elende Erscheinungsbild, die fahlen Gesichter, der müde Gang verrieten deutlich das Elend der Zwangsarbeiter, wenn sie auf dem Weg zur und von der Arbeit die Straßen durchquerten. Das Mitleid, das Einzelne bei dem Anblick

empfanden, wog weder die feindliche Gleichgültigkeit der großen Mehrheit auf, noch die boshaften Gesten der Fanatiker, von denen HJ-Mitglieder sogar Steine nach ihnen warfen.“ So berichtete Hanns Peter Herz.

Auch Dr. Karol Kubicki hatte ähnliche Erfahrungen gemacht: „Es gab natürlich auch eine erhebliche Anzahl von Bewohnern, die entsprechend der Nazi-Ideologie die Polen und Russen als ‚Untermenschen‘, als minderwertig ansah und diese Überzeugung auch zum Ausdruck brachte.“ Die Mehrheit, so die Erinnerungen von beiden Zeitzeugen, hat diese Apartheidsanordnung, diese Diskriminierung und Entwürdigung der Osteuropäer akzeptiert und nichts dagegen unternommen. Doch das traf nicht auf alle zu.

Dr. Kubicki erinnert sich: „Mutter hat immer wieder die Zwangsarbeiter aus dem Lager un-



Zwangsarbeiter bei Straßenarbeiten

„Mutter hat immer wieder die Zwangsarbeiter aus dem Lager un-

terstützt, von 1942 bis zum April 1945. Das lag ja praktisch nebenan, vielleicht 100 m von unserer Haustür entfernt. Dass dort Polen in menschenunwürdigen Verhältnissen leben, ge-



Margarete Kubicka (1935) - Namensgeberin der Britzer Stadtteilbücherei

nauer gesagt, hausen mussten, war für Mutter schon allein meines Vaters wegen<sup>1</sup> unerträglich. Geholfen hat ihr dabei vor allem Dr. Viktor Kuhr, der ein beständiger Teilnehmer des Mittwochkreises<sup>2</sup> war. Bei guten Bekannten wurden nicht nur Lebensmittel, sondern vor allem Schuhe und Kleidung gesammelt. Viktor Kuhr, ein enger Freund unseres Hauses, hat Medikamente, Verbands- und Hygienematerial – da waren ja auch junge Frauen –, aber auch Seife, Zahnpasta und Mittel gegen Ungeziefer besorgt. Die hatten ja nichts, die konnten alles gebrauchen. Im Mittwochskreis wurden auch Geld und Lebensmittelmarken gesammelt. Damit wurden dann Utensilien für die Menschen aus dem Lager gekauft. Ich weiß, dass auch andere Einwohner die Zwangsarbeiter unterstützt haben. Man steckte ihnen im Vorbeigehen auf der Straße etwas zu. Vor allem aber, wenn sie in den Häusern und Wohnungen Reparaturarbeiten durchführten, konnten nützliche Dinge übergeben werden. Auch gab es bei den

hilfsbereiten Familien eine kräftige Mahlzeit. Das galt natürlich nicht überall. Denn das alles war ja nicht ungefährlich, es bestand ja das Verbot, mit polnischen und russischen Zwangsarbeitern über den Arbeitsrahmen hinaus Kontakt aufzunehmen. Ein Verstoß gegen dieses ‚Um-

## **Deutsche!**

**Wahrt inneren und äusseren Abstand von den Fremd-völkischen.**

\*  
**Wer Kriegsgefangene wie Deutsche behandelt, wird zum Verräter am deutschen Volke. — Feind bleibt Feind! —**

\*  
**Es ist verboten, mit Kriegsgefangenen aller Länder, mit Polen und Ostarbeitern zu sprechen.**

\*  
**Es ist verboten, mit Kriegsgefangenen Polen oder Ostarbeitern an einem Tisch zu essen.**

\*  
**Wer seine Ehre nicht wahrt, und sich mit Kriegsgefangenen Polen oder Ostarbeitern einläßt, wird mit Zuchthaus bestraft.**

\*  
**Wer Kriegsgefangenen bei der Flucht behilflich ist, oder ihnen Fluchthilfsmittel verschafft Werkzeuge, Zivilkleidung, Landkarten usw. wird mit Zuchthaus bestraft.**

\*  
**Jede deutsche Frau ist es den Frontsoldaten gegenüber schuldig, daß sie Abstand von den Fremd-völkischen hält. Die Deutsche Frau muß auch zur Wahrung ihrer Ehre jeden falschen Schein vermeiden.**

\*  
**Bleibe dir jederzeit dieser Verantwortung bewußt!**



Dr. Viktor Kuhr mit Hanna Höch (ca. 1950)

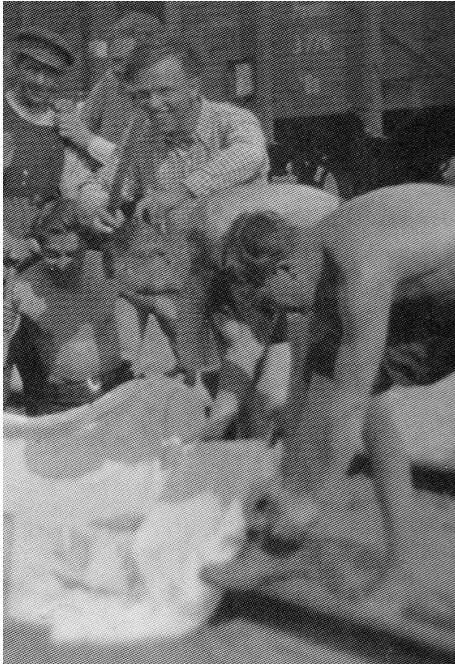
gangsverbot‘ konnte böse Folgen haben. Und Nazis gab es ja genug, die ihre Linientreue durch Denunziation unter Beweis stellen wollten. Man wusste von Fällern, dass Deutsche, die gegen das ‚Umgangsverbot‘ verstoßen hatten, bestraft worden waren. In der Hufeisensiedlung habe ich davon nichts gehört. Hier gab es auch noch während der Nazi-Zeit eine Reihe von Menschen, die mit den Nazis nichts am Hut haben wollten und nicht jedes Verbrechen mitmachten.“

<sup>1</sup> Der Künstler und Widerstandskämpfer Stanislaw Kubicki wurde 1942 in Polen von der Gestapo ermordet.

<sup>2</sup> Kreis von antifaschistisch gesinnten Personen, der sich regelmäßig bei Margarete Kubicka traf.

## Das Verhältnis unter den Zwangsarbeiter\*innen – viele offene Fragen

Über das soziale Miteinander zwischen den Lagerinsassen wissen wir nichts. Viele Fragen lassen sich heute nicht mehr beantworten.



Zwangsarbeiter schlagen Wanzen aus ihren Decken

Wie sahen angesichts der räumlichen Enge, der katastrophalen hygienischen Bedingungen, der notdürftigen Bekleidung und der Unterernährung die sozialen Beziehungen der Menschen untereinander aus?

Versuchten sie in gegenseitiger Rücksichtnahme mit den unerträglichen Zuständen zu leben? Oder war der Alltag, wie wir aus Berichten über andere Lager wissen, von Lebensmittel- und Kleiderdiebstahl geprägt? Gab es Herrschaftshierarchien, die den Ranghöchsten die vorrangige Benutzung der Toiletten und Waschbecken, der besseren und weniger zugigen Bettgestelle sowie Vorteile bei der Essenzuteilung sicherten? Mit welchen Mitteln wurden diese Hierarchieplätze ausgefochten?

Welche Rolle spielte für die in der Mehrheit jungen Menschen der Verlust von Familien, Freundschaften und Heimat, aus denen sie brutal herausgerissen worden waren?

Wie erlebten die jungen Frauen den Zwang, ohne jegliche räumliche Trennung mit Männern untergebracht zu sein? Wie haben sie den jahrelangen Verlust jeglicher Pri-

vatsphäre durchlebt? Wie gingen sie mit der ständigen Angst vor sexueller Belästigung bis hin zur Vergewaltigung um?

Die Antworten auf diese Fragen haben die Menschen mitgenommen, als sie nach ihrer Befreiung Britz verließen.

Nur eine Antwort haben sie uns bei ihrem Abschied aus der Hufeisensiedlung hinterlassen. Ihre Anerkennung für die solidarische Hilfe einiger Einwohner\*innen haben sie praktisch und ohne Pathos gezeigt: Es gab in der Siedlung keine Plünderungen bei ihrem Auszug.



Junge Zwangsarbeiterinnen aus der Sowjetunion



**Am 24. April 1945 befreite die Rote Armee die Hufeisensiedlung und mit ihr die Zwangsarbeiter\*innen.**



## Zwangsarbeit in Privathaushalten und Geschäften unserer Siedlung

Während in dem Lager in der Onkel-Bräsig-Straße nur polnische und russische Zwangsdeportierte unter nahezu vollständiger Aufgabe jeglicher Privatsphäre lebten, war die Situation in den Haushalten und Geschäften eine andere.

Da nicht nur in den Fabriken oder Verkehrsbetrieben die Arbeitskräfte mit Kriegsbeginn knapp wurden, griffen auch Privatpersonen und Kleingewerbetreibende auf Zwangsarbeiter\*innen zurück. Sollten ursprünglich in den Privathaushalten ganz im Sinne der NS-Ideologie Zwangsarbeiter\*innen in kinderreichen Familien eingesetzt werden, so zeigte sich bald, dass vor allem NS-Funktionäre ihre Beziehungen nutzten, um ihren Ehefrauen eine Haushaltshilfe zu verschaffen.

Pür den Einsatz hauswirtschaftlicher Ostarbeiterinnen kommen zur politisch zuverlässige Familien in Betracht, die auch die Gewähr dafür bieten, daß die für den Einsatz erlassenen Bestimmungen beachtet werden. An der Auswahl der Haushaltungen wird daher der örtlich zuständige Hoheitsträger der NSDAP, von den Arbeitsämtern entscheidend beteiligt; die Haushaltungen, in denen z. Zt. schon hauswirt-

Auszug aus der Anweisung des Reichsführers SS zur Behandlung ausländischer Arbeitskräfte ... vom 9.4.1942

Die Beschäftigung von Zwangsarbeiter\*innen war u. a. von ihrer „gesonderten Unterbringung“ innerhalb des Haushalts abhängig. Daher verfügten die Zwangsarbeiter\*innen über eine eigene Räumlichkeit – und sei sie noch so beengt – als Unterkunft in den Häusern bzw. Wohnungen ihrer Arbeitgeber. Da sie in der Wohnung bzw. im Geschäft tätig waren, wurde in der Regel auch auf funktionelle und saubere Kleidung sowie auf hygienische Verhältnisse geachtet.

Hinzu kam, dass eine Anzahl von Zwangsarbeiter\*innen aus besetzten westeuropäischen Ländern stammte, auf die – wenn auch mit Einschränkungen – deutsche Arbeitsschutzrechte Anwendung fanden. So waren sie z. B. in der AOK krankenversichert.

Auch die Freizeitbeschränkungen galten bei ihnen im Vergleich zu den osteuropäischen Zwangsarbeiter\*innen nur in geringerem Maße. Schließlich war auch ihre Entlohnung deutlich höher, so dass, da sie sowohl Gaststätten, Geschäfte als auch Kultureinrichtungen besuchen durften, ein gewisser Teil ihres Privatlebens von ihnen gestaltet



Zwangsarbeiterin als Haushaltshilfe

Allgemeine Ortskrankenkasse Berlin  
Leistungsabteilung  
Verwaltungsstelle

kt. Stat.-Nr. 078

**Ausweis**  
für  
Flammant, Albert  
(Zu- und Vorname des Versicherten)

geb. am 15.9.22. Beginn der Arbeitsunf. am: 12.7.44  
Berlin, den 194

Sachbearbeiter: *Brund* Statistiker: *B*

Barleistungen werden nur gegen Vorlage dieses Ausweises ausgezahlt.  
2. 5. (Ausweis für die Abhebung von Barleistungen.) 150 000. 20. 1. 43. (L1773)

Krankenschein der AOK für den französischen Zwangsarbeiter Albert Flammant, 1944

und so ihre Identität bewahrt werden konnte. Dennoch bestimmte auch für sie wie für die osteuropäischen jungen Frauen ihre Lebenssituation, dass sie fest an ihren Arbeitsplatz gebunden waren und ihren „Herrschaften“ ausgeliefert waren. Auf Arbeitsverweigerung und Arbeitsflucht standen erhebliche, für die Zwangsarbeiter\*innen aus Polen und der Sowjetunion sogar lebensbedrohliche Strafen. Die deutschen Familien bedienten sich der Zwangsarbeiter\*innen und sie ließen sich auch von ihnen bedienen. Über die Strafen waren die Zwangsarbeiter\*innen infor-

miert, ob sie nun aus Frankreich, Belgien, Tschechien oder aus Polen und der Sowjetunion stammten. Hiervon wussten aber auch ihre „Herrschaften“, die Frauen, Männer und Kinder, denn die entsprechenden Verordnungen wurden in Kinos, Zeitungen, an Litfaßsäulen und Anschlagbrettern veröffentlicht.

Wenn der Arbeitgeber die vorgegebenen Anordnungen strikt einhielt, wurde der Haushalt trotz seiner mehrheitlich sauberen und angenehmeren räumlichen Bedingungen sowie der besseren Verpflegung, Kleidung und Hygiene zu einem qualvollen Martyrium durch die nahezu vollständige gesellschaftliche Isolation.

Ein Anspruch auf Freizeit besteht nicht. Die Ostarbeiterinnen dürfen sich grundsätzlich außerhalb des Hauses nur bewegen, um Angelegenheiten des Haushaltes zu erledigen. Es kann ihnen aber bei Bewährung wöchentlich einmal die Möglichkeit gegeben werden, sich drei Stunden ohne Beschäftigung außerhalb des Haushaltes aufzuhalten. Dieser Ausgang muß bei Einbruch der Dunkelheit, spätestens 20 Uhr, beendet sein. Der Besuch von Gaststätten, Lichtspiel- oder sonstigen Theatern und Ähnlicher für Deutsche oder ausländische Arbeiter vorgesehenen Einrichtungen oder Veranstaltungen ist verboten. Desgleichen ist der Kirchenbesuch untersagt. Der Haushaltungsvorstand bzw. die Hausfrau hat auf die Einhaltung dieser Bestimmungen hinzuwirken.

Auszug aus der Anweisung des Reichsführers SS zur Behandlung ausländischer Arbeitskräfte ... vom 9.4.1942

So berichtet Sinaida Baschlai aus Charkow: „Ich aß dasselbe wie sie, saß aber nicht an ihrem Tisch. Sie saßen im Esszimmer, ich servierte, deckte den Tisch, aber ich aß in der Küche. Das war so eine Art des Umgehens mit der Dienerschaft.“ Und an anderer Stelle fährt sie fort: „Sie war die Herrin, ich ihr Dienstmädchen. Ich arbeitete den ganzen Tag, und sie konnte sich ans Klavier setzen; sie dachte, wenn sie spielte und ich arbeitete, würde ich eine bessere Laune bekommen. Sie spielte für mich die ‚Mondscheinsonate‘, und ich putzte die Fenster.“ (Auszug aus: Interview mit Sinaida B., Archiv „Zwangsarbeit 1939-1945“ der Freien Universität Berlin)

Zivilarbeiter(in) aus Sowjetrußland		Ausweis-Nr.	
Name (bei Frauen auch Geburtsname): Baschlai			
Vorname: Sinaida			
Geburtsort und -ort: 7.9.1914 in Belgorod			
Beruf: früherer Ingenieur Chemie jetziger Hausgehilfin		Familienstand: ledig Zahl der Kinder:	
Religion: orthodox		Fingerabdrücke (Rechtshänder)	
Stamort (Distrikt bzw. Bezirk, Kreis, Ort, Straße, Nr.): Belgorod u. Charkow		links	rechts
Besondere Kennzeichen: keine		 	
A 203 (1.42) Reichsdienst. Stelle		DIN 473 A 1	

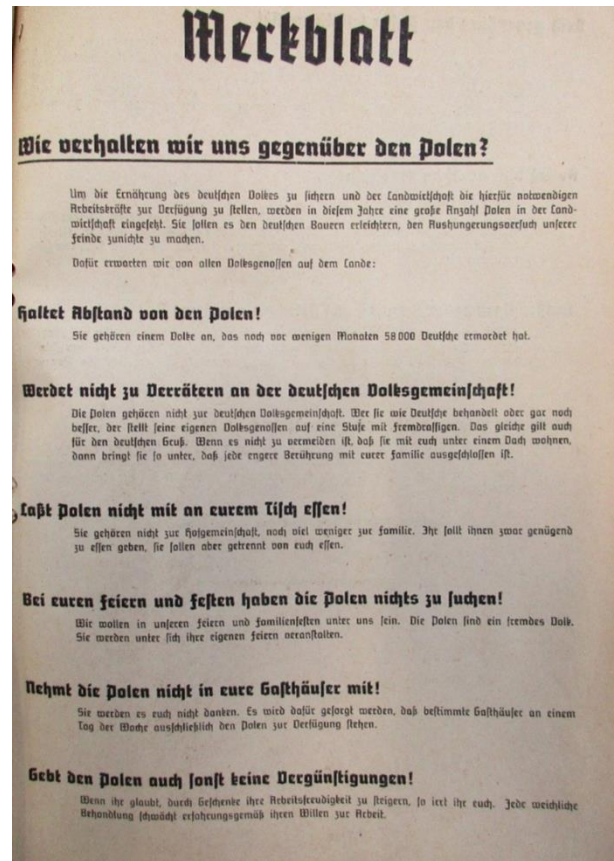
Arbeitskarte von Sinaida Baschlai, 1942

Während die Erlasse und Verordnungen zum Umgang mit den Zwangsarbeiter\*innen, vor allem mit den jungen Frauen und Mädchen aus Osteuropa, rassistisch geprägt waren und immer wieder die Minderwertigkeit dieser Menschen und ein „Herrschaftsgebaren“ ihnen gegenüber einforderten, zeigte sich jedoch, dass das Leben in einem Haushalt oft auch mit der Entwicklung sozialer Einstellungen in den deutschen Familien verbunden war, bei den Kindern kann sogar in vielen Fällen von Zuneigung gesprochen werden. Wir wissen von 13 Haushalten der Hufeisen- und Krugpfuhsiedlung, in denen Zwangsarbeit verrichtet wurde, sicherlich nur die Spitze des Eisberges. Aber sie weisen in unmissverständlicher Weise auf den unterschiedlichen Umgang mit den aus den besetzten Ländern herangeschleppten Menschen hin. Es gibt Beispiele für einen geradezu kollegialen Umgang, aber auch des Sklavenhaltertums.

Deutlich wird auch, dass es vor allem NS-Funktionäre waren, die in ihren Haushalten Zwangsarbeiter\*innen beschäftigten.

Aus den Dokumenten des Arolsen-Archivs und des Museums Neukölln geht hervor, dass mindestens in folgenden Haushalten der Hufeisen- und Krugpfuhlsiedlung Zwangsarbeiter\*innen beschäftigt wurden:

1. *Onkel-Bräsig-Str. 51*, bei Familie Nefer ist eine tschechische Zwangsarbeiterin als Haushaltshilfe tätig gewesen.
2. *Onkel-Bräsig-Str. 72*, den NSDAP-Mitgliedern Wilhelm, (Mitgl.-Nr. 730001) und Johanna Siegele (Mitgl.-Nr. 730002), ihres Zeichens SA-Brigadeführer bzw. Frauenschaftsamtleiterin Britz, wurde ab 1941 eine polnische Zwangsarbeiterin als Haushaltshilfe zugewiesen. Wilhelm Siegele wurden sexuelle Übergriffe nachgesagt, die seine Frau im Rahmen der Entnazifizierung 1945 als Scheidungsgrund anführte. (Landesarchiv Berlin, B Rep., 214, Nr. 691, Karton 202.)
3. *Onkel-Bräsig-Str. 140*, bei dem Lehrer und Blockwart Siegfried Günther (1923-1932 SPD, 1932 NSDAP Mitgl.-Nr. 1400581) war zur Unterstützung der kinderreichen Familie (4 Kinder) seit 1942 eine ukrainische Zwangsarbeiterin beschäftigt.
4. *Minigstr. 8*, bei Familie Kenzy ist die Beschäftigung einer tschechischen Zwangsarbeiterin als Haushaltshilfe verzeichnet.
5. *Minigstr. 40*, auch bei Familie Hammer arbeitete eine tschechische Zwangsarbeiterin als Haushaltshilfe.
6. *Parchimer Allee 26*, im Lebensmittelgeschäft, dem früheren Konsum, wird für das Jahr 1944 die Beschäftigung eines französischen Zwangsarbeiters bei Familie Berger angezeigt.
7. *Parchimer Allee 33*, bei der Fleischerei Enke wurden 1940 ein polnischer und im Jahr 1941 ein sowjetischer Fleischer als Zwangsarbeiter gelistet.
8. *Paster-Behrens-Str. 7*, Dr. Bernhard Dietzmann (NSDAP seit 1933, Mitgl.-Nr. 2581128) wurde mit der Begründung „Unterstützung einer kinderreichen Familie“ (4 Kin-



Konsum in der Parchimer Allee 26, Foto von 1929

der) für die Jahre 1942 und 1943 der Antrag auf Beschäftigung einer holländischen Zwangsarbeiterin als Haushaltshilfe genehmigt. Eine weitere Beantragung erfolgte wegen des Umzugs nach Polen nicht.

9. *Paster-Behrens-Str. 21*, Max Arbeiter (NSDAP seit 1925, Mitgl.-Nr. 6047, Reichsgauredner) und Margarete Arbeiter, geb. Langer (Funktionärin im NS-Frauenwerk seit 1939) beschäftigten ab 1941 eine sowjetische Zwangsarbeiterin als Haushaltshilfe. Wegen schwerer Misshandlungen kam es zu einer Anzeige der Nachbarn. In einem Vermerk des Antifa-Ausschusses Britz heißt es: „*Max Arbeiter ist der berüchtigte Sturmbannführer und Reichsgauredner. Das über ihn gefundene Material wurde im Juni 1945 dem Antifa-Block am Hüsung in Britz zugestellt. Die eigenen Parteigenossen hatten mehrere Male gegen Arbeiter Anzeige erhoben, als dieser in Gemeinschaft mit seiner Frau ein russisches Mädchen auspeitschte. Dieses Mädchen, etwa 20 Jahre alt, war ihrem Haushalt zugewiesen und wie die Nachbarn der Häuser 17 und 23 in der Paster-Behrens-Str. bekunden, haben sie sich bei solchen Misshandlungen darüber empört, worauf Frau Arbeiter die Arme verschränkte und ihnen höhnisch zurief: ‚Für solches Ausländerpack haben wir überhaupt kein Mitleid!‘ Die Anklage wurde nicht angenommen, weil Arbeiter Blutordensträger war.*“ (Landesarchiv Berlin, B Rep., 214, Nr. 589, Karton 100.)



NS-Blutordensträger Max Arbeiter

10. *Onkel-Herse-Str. 5*, Friseur Hans Böhm (SPD) beschäftigte den tschechischen Friseur Kuducović als Zwangsarbeiter. Nach Aussage des Zeitzeugen Georg Weise soll er ihn als Kollegen behandelt haben. Z. B. habe er gemeinsam mit ihm außerhalb der Geschäftszeiten die Mahlzeiten eingenommen und ihm nach Geschäftsschluss freien Ausgang gewährt.
11. *Onkel-Herse-Str. 19* bei dem Rechtsanwalt Dr. Siegfried Mayrhofer, ab 1931 Vors. des Britzer Bürgervereins und ab 1933 NSDAP-Mitglied und aktiv in der NS-Volkswohlfahrt tätig, war als Haushaltshilfe eine französische Zwangsarbeiterin beschäftigt.
12. *Onkel-Herse-Str. 50*, bei der Familie des SS-Obersturmführers Heinz Horn (NSDAP seit 1930, Mitgl.-Nr. 226104), arbeitete zwecks Unterstützung einer kinderreichen Familie (3 Kinder) von 1942 bis 1945 eine ukrainische Haushaltshilfe.



NSDAP-Ausweis von Bernhard Dietzmann

„*Max Arbeiter ist der berüchtigte Sturmbannführer und Reichsgauredner. Das über ihn gefundene Material wurde im Juni 1945 dem Antifa-Block am Hüsung in Britz zugestellt. Die eigenen Parteigenossen hatten mehrere Male gegen Arbeiter Anzeige erhoben, als dieser in Gemeinschaft mit seiner Frau ein russisches Mädchen auspeitschte. Dieses Mädchen, etwa 20 Jahre alt, war ihrem Haushalt zugewiesen und wie die Nachbarn der Häuser 17 und 23 in der Paster-Behrens-Str. bekunden, haben sie sich bei solchen Misshandlungen darüber empört, worauf Frau Arbeiter die Arme verschränkte und ihnen höhnisch zurief: ‚Für solches Ausländerpack haben wir überhaupt kein Mitleid!‘ Die Anklage wurde nicht angenommen, weil Arbeiter Blutordensträger war.*“ (Landesarchiv Berlin, B Rep., 214, Nr. 589, Karton 100.)



Zwangsarbeiter als Friseur

13. *Hanne Nüte* 68, die Nationalsozialisten Heinz (NSDAP seit 1928, Mitgl.-Nr. 91225, SA-Obersturmführer, Träger des Blutordens) und Magdalena Stübbe (NSDAP u. NS-Frauenschaft seit 1932) waren in der Siedlung als sehr fleißige Denunzianten bekannt und gefürchtet. Von 1941 bis zu ihrem Wegzug 1943 war bei ihnen zur Unterstützung einer kinderreichen Familie (3 Kinder) eine belgische Zwangsarbeiterin als Haushaltshilfe beschäftigt.



Zwangsarbeit im bürgerlichen Haushalt



Zensierte Karte von Nadja Sitjuk aus der Ukraine vom 13.9.1043

*Zweimal im Monat durften die „Dienstmädchen“ eine Postkarte mit Rückantwort in die Heimat schicken. Die Zensur hatte einen doppelten Sinn: Die deutschen Behörden wollten die Stimmung unter den Zwangsarbeiter\*innen erkunden und die Verwandten sollten nichts über ihre Behandlung erfahren.*

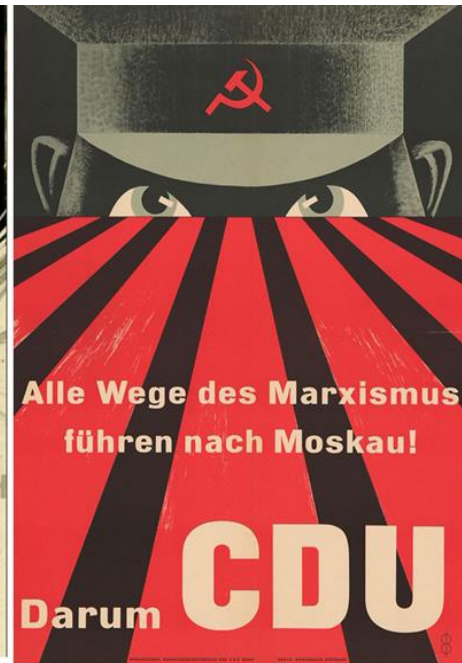
## Nachtrag

Gerade der Einsatz von Zwangsarbeiter\*innen in kleinen Gewerbebetrieben und Privathaushalten zeigt im Besonderen, wie groß die Selbstverständlichkeit in der deutschen Bevölkerung war, mit der man sich die Zwangsarbeit zunutze machte. Angesichts des großen Arbeitskräftemangels griff man gerne auf das vorhandene günstige und ohne große Reglementierungen für alle anfallenden Arbeiten verwendbare Angebot zurück. Die offiziellen Bezeichnungen „ausländische Zivilarbeiter“, „Fremdarbeiter“ und „fremdvölkische Arbeiter“ suggerierten die Normalität eines Beschäftigungsverhältnisses, das in vergleichbarer Weise ohne Scham genutzt wurde, wie man in den „Sammleinrichtungen“ das von den Nationalsozialisten beschlagnahmte jüdischen Eigentum günstig einkaufte. Ob völkisch denkend oder nicht sahen die Deutschen in den Zwangsarbeiter\*innen die Kriegsbeute, die es ermöglichte, während des Krieges dessen wirtschaftliche Folgen einigermaßen einzugrenzen. Der konkrete Umgang mit der menschlichen Kriegsbeute war dann tatsächlich dem Umfang rassistischen Denkens geschuldet. Über die Kriegsverbrechen in den Herkunftsländern machte sich die deutsche Bevölkerung – auch angesichts der eigenen Opfer in der zweiten Kriegshälfte – nur wenig Gedanken. Diese Einstellung setzte sich nach dem Krieg fort. Die Kennzeichnung des „Ostblocks“ als Personifizierung des Bösen und die damit verbundene Staatsdoktrin des Antikommunismus förderten im Nachhinein

die Einstellung, die von den Alliierten als Kriegsverbrechen deklarierte deutsche Besatzungspolitik gegenüber der polnischen und sowjetischen Bevölkerung hätten doch eine gewisse Berechtigung gehabt. Im Gegensatz zu den Verbrechen an der jüdischen Bevölkerung, die entlastend als „Verbrechen in deutschem Namen“ formuliert und die mit Wiedergutmachungsleistungen



Wahlplakat der FDP 1948



Wahlplakat der CDU 1953

gen gesühnt werden sollten, kam die offizielle Einsicht, auch die deutsche Besatzungspolitik, vor allem in Osteuropa, sei über die Judenvernichtung hinaus verbrecherisch gewesen, erst mit der Jahrtausendwende.

Über 50 Jahre hat es gedauert, bis das an den zur Arbeit nach Deutschland deportierten Zwangsarbeiter\*innen begangene Unrecht vom Deutschen Staat anerkannt wurde. Erst im Zusammenhang mit dem Kampf um diese Anerkennung begann eine umfangreiche Erforschung, die die fast unglaubliche Tatsache bestätigte, nämlich das nahezu vollständige historische Vergessen der millionenfachen Existenz von Zwangsarbeiter\*innen während des 2. Weltkrieges in der bundesdeutschen Bevölkerung. Dass die Negierung dieses Unrechts heute immer noch weit verbreitet ist, zeigen Interviews mit Familienmitgliedern, bei denen osteuropäische Zwangsarbeiter\*innen als Haushaltshilfen oder Kindermädchen gearbeitet haben. Äußerungen wie „Ich war immer gut zu meiner Russin.“ oder „Ja, dieses Mädchen hat, soweit ich mich erinnern kann, sehr schnell einen guten Anschluss an unsere Familie bekommen, obwohl ja das vom System nicht vorgesehen war.“ belegen das.<sup>3</sup>

In der Hufeisensiedlung haben wir diese Haltung in ähnlicher Weise angetroffen. Ältere Bewohner\*innen, die die Kriegszeit noch als Kind oder Jugendliche erlebt haben, konnten sich nur noch vereinzelt an Zwangsarbeit erinnern. Die meisten von ihnen haben erstaunt reagiert, dass Zwangsarbeiter\*innen während dieser Zeit in ihrer Nachbarschaft gelebt haben. Das Lager in der Fulhamer Allee kam in ihren Erinnerungen gar nicht vor, das in der Onkel-Bräsig-Straße nur bei zwei Personen. Hat es sie damals nicht interessiert oder war ihr Dasein so selbstverständlich bzw. so unbedeutend, dass sie diese Menschen gar nicht wahrgenommen haben? Oder war das Unrecht so offenkundig, dass man die Augen davor geschlossen und es so schnell und gründlich wie möglich verdrängt hat?

Nicht helfen, wo Hilfe erkennbar nötig ist, erzeugt Scham und Schuld. Damit zu leben ist mindestens unangenehm. Verdrängen und Vergessen sind daher Mittel zur Wahrung von Integrität. Das macht den kritischen Umgang mit erlebter Geschichte nicht leichter, aber umso notwendiger.

<sup>3</sup> Siehe hierzu u. a.: Annekatriin Mendel, Zwangsarbeit im Kinderzimmer – „Ostarbeiterinnen in deutschen Familien von 1939 bis 1945, Gespräche mit Polinnen und Deutschen“, Ffm. 1994.

## II. Zwangsarbeit in Britzer Industriebetrieben am Beispiel einer Fabrik

Wenn von der Befreiung Deutschlands vom Faschismus die Rede ist, so waren es vor allem die vom Faschismus verfolgten oder unterdrückten und ausgeplünderten Menschen, die den Sieg der Alliierten herbeisehnten und ihn als solchen empfanden. Zu ihnen gehörten auch die von den Nazis aus den besetzten Ländern deportierten Zwangsarbeiter\*innen, von denen allein in Berlin über die ganze Stadt verteilt mehr als 360.000 Menschen in über 1.000 Lagern untergebracht waren und in allen Bereichen der Wirtschaft arbeiteten.<sup>4</sup>

Auch die in Britz ansässigen Industriefirmen beschäftigten Zwangsarbeiter\*innen und ließen daher eigene Barackenlager errichten, die sich z. T. direkt auf ihrem Firmengelände befanden. Allein am Britzer Abschnitt der Gradestraße befanden sich 7 Lager, dazu noch 2 Lager am Teilstück des Tempelhofer Weges zwischen Britzer Damm und Gradestraße. Hier soll beispielhaft **das Lager Tempelhofer Weg 84-92 der Firma J. D. Riedel - E. de Haën AG** vorgestellt werden:

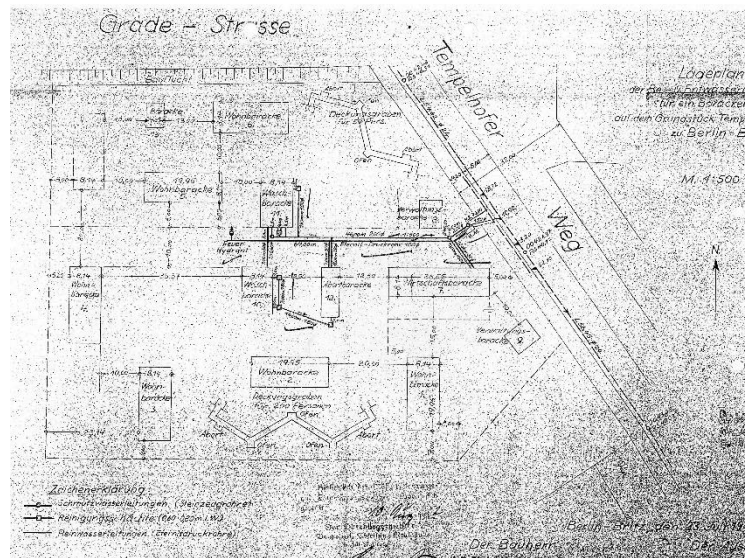


Das Unternehmen gehörte zu den größten Herstellern chemischer Produkte und besaß neben dem Britzer Werk noch eines in Hannover.<sup>5</sup> Zur Belegschaft gehörten auch Bewohner der Hufeisensiedlung.

Im April 1942 meldete die Firma die Errichtung von Barackenbauten zur Unterbringung ausländischer Arbeitskräfte auf ihrem Grundstück am Tempelhofer Weg / Ecke Gradestraße bei der Baupolizei an. Noch im selben Monat wurde der Antrag genehmigt. Es wurden

14 Baracken geplant: Zwei Verwaltungs-, sechs Wohn-, zwei Wasch- und Abortbaracken sowie eine Wirtschaftsbaracke. In jeder der sechs Wohnbaracken mit etwa 160 m<sup>2</sup> sollten 50 Personen untergebracht werden. Das Lager wurde als Ostarbeiterlager geführt, d. h. hier wurden überwiegend Zwangsarbeiter\*innen aus der Sowjetunion untergebracht. Im März 1943 wurden zwei weitere Wohnbaracken für 132 Personen errichtet. Ab diesem Zeitpunkt lebten 432 Menschen in dem Lager.<sup>6</sup>

**Das Zwangsarbeiterlager der Firma Riedel & de Haën am Tempelhofer Weg nach der Skizze vom 23. Juli 1942. Die zwei zusätzlichen Baracken aus dem Jahr 1943 wurden auf dem westlichen Anschlussgelände errichtet. Rechts oben und in der Mitte unten sind die Splitterschutzgräben eingezeichnet. Bereits im Dezember 1945 wurde das Lager vollständig abgerissen.**



<sup>4</sup> Verein für Kontakte zu ehemaligen Ländern der Sowjetunion (Hrsg.), Zwangsarbeit, Berlin o. J., S. 5.

<sup>5</sup> 175 Jahre Riedel-de Haën 1814–1989, Firmendruckschrift 1989 für Mitarbeiter, Hannover 1989.

<sup>6</sup> Museum Neukölln, Aktenordner Zwangsarbeit o. P.; hieraus auch die Lagerpläne.





Die als „Ostarbeiter“ titulierten Menschen aus der Sowjetunion arbeiteten in einem „Beschäftigungsverhältnis eigener Art“, d. h. für sie galten weder Arbeitsschutzmaßnahmen noch die gesetzlichen Arbeitsregeln. Der Arbeitstag dauerte 12 Stunden für einen Wochenlohn von 6,50 RM. Davon wurden 1,50 RM für Unterkunft und Verpflegung abgezogen. Gearbeitet wurde in zwei Schichten. Durch Erkrankung ausfallende Arbeitszeiten wurden nicht entgolten.<sup>7</sup> Ambulante Behandlungen wurden von dem Arzt Dr. Fritz Scriba aus der Fritz-Reuter-Allee 44 vorgenommen, der ein- bis zweimal pro Woche eine Sprechstunde auf dem Werksgelände abhielt.<sup>8</sup> Auch gegenüber Zwangsarbeiter\*innen aus anderen Ländern war die Krankenversorgung der „Ostarbeiter“ zweitrangig. Bereits der Umstand, dass im Gegensatz zu den west- und nordeuropäischen Zwangsarbeiter\*innen bei ihnen keine Sozialversicherungspflicht galt, macht dieses deutlich.



Die Lebensmittelzuteilung betrug 100 g Fleisch oder Fleischersatz, 80 g Fett und 2.750 g Brot pro Woche. Da diese Rationen wöchentlich ausgegeben wurden, war Schimmelbefall beim Brot die Regel. Hinzu kam die tägliche Ausgabe eines halben Liters Tee am Morgen und eines Liters Kohlrübensuppe am Abend. Im Verlaufe des Krieges wurde die Essenzuteilung noch dürftiger. „Es gab Perioden, in denen wir fünfmal in der Woche Graupensuppe bekamen, oft mit Würmern. Meistens erhielten wir ungeschälte Kartoffeln und Rüben. Die Brotrationen wur-

den auf 200 g gekürzt, dazu gab es nur Marmelade“, berichtet die Zwangsarbeiterin Barbara Michalska aus Łódź (Lodsch).<sup>9</sup> Kein Wunder, dass im Lager der Schwarzmarkt blühte. Allerdings waren die dort angebotenen Lebensmittel und Kleidungsstücke für die meisten Zwangsarbeiter\*innen unerschwinglich. So überstieg der Preis für einen Laib Brot mit 8 RM den gesamten Wochenlohn. Wie kostbar das Brot in ihren Augen war, wird daran deutlich, dass es für den gleichen Schwarzmarktpreis 50 Zigaretten gab. Außerhalb des Lagers mussten noch höhere Preise gezahlt werden.<sup>10</sup>



Zwar konnten die Ostarbeiter\*innen ab 1943 sonntags in Gruppen das Lagergelände verlassen, aber durch die Kennzeichnung mit dem Aufnäher „Ost“

<sup>7</sup> Ulrich Herbert, Fremdarbeiter, Politik und Praxis des „Ausländer-Einsatzes“ in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches, Berlin 1985, S. 154 – 157.

<sup>8</sup> Bernhard Bremberger, Jürgen Schulte, In die Gemeindeschule kam ein Behelfskrankenhaus, in: Rudower Magazin 11/2016.

<sup>9</sup> Barbara Michalska, Schriftlicher Bericht über den Einsatz als Zwangsarbeiterin in Deutschland, Archiv der Berliner Geschichtswerkstatt.

<sup>10</sup> Siehe Mark Spoerer, Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz, Stuttgart 2001, S. 144.

waren sie von vornherein vom Besuch jeglicher Gaststätten, Kinos und anderen Veranstaltungen des öffentlichen Lebens, aber auch von der Benutzung von Verkehrsmitteln ausgeschlossen. Selbst der Kirchenbesuch war ihnen untersagt.



Gruppe von Ostarbeitern

Auch wenn sie versuchten, durch die Verdeckung des Aufnähers ihre Herkunft zu verschleiern, waren sie in der Öffentlichkeit doch als osteuropäische Zwangsarbeiter\*innen wegen ihrer abgerissenen Kleidung und ihres den hygienischen Lagerzuständen geschuldeten Körpergeruchs schnell zu erkennen. Ein weiteres Hindernis waren die Sprachschwierigkeiten, die oft schon beim Kauf einer Kinokarte oder bei der Bestellung eines Getränks zur Enttarnung und Zurückweisung führten.

Aufgrund dieser Einschränkungen verbrachten viele Zwangsarbeiter\*innen einen Großteil ihrer knappen Freizeit damit, zusätzliches Geld durch Hilfsarbeiten bei privaten Haushalten oder kleinen Firmen und Geschäften zu verdienen, um auf dem Schwarzmarkt begehrte Dinge wie Lebensmittel, Zigaretten oder Kleidung und Schuhe zu erstehen. Andere blieben im Lager, um ihre wenigen Bekleidungsstücke zu waschen und zu flicken.

Deshalb war neben dem Essen der Zustand der Unterkunft für die „Ostarbeiter“ von zentraler Bedeutung. Und da sah es nicht gut aus. Die bereits zitierte Barbara Michalska erinnert sich: „Geschlafen haben wir auf Etagenpritschen. Die Strohsäcke und Kissen waren mit Papierschnipseln ausgestopft – es war sehr weiches Papier, das fürchterlich bröckelte, oder ein anderes, das sich in feste Kugeln verwandelte. (...) Von Zeit zu Zeit wurden die Räume ausgeräuchert, um Ungeziefer zu vernichten. Aber die Wanzen machten sich nicht viel daraus und verfolgten uns weiter. (...) Waschräume und Toiletten befanden sich in einem anderen Gebäude, so dass wir nachts einen Kübel benutzen mussten. Die Schlafräume konnten kaum beheizt werden, die Kohlezuteilung war völlig unzureichend. Wir froren ständig und schiefen bei ganz starker Kälte zu zweit auf einer Pritsche, was jedoch verboten war. Außer mit den Decken deckten wir uns mit allem möglichen zu – mit Kleidern und Mänteln.“<sup>11</sup>

Karl Iosifowitsch Epstein, der als 12-Jähriger aus Charkiw verschleppt und 1942 in das Lager am Tempelhofer Weg zur Firma Riedel & de Haën kam, beschreibt in seinem autobiographischen Bericht „Weihnachten 1942“, dass es auch solidarische Hilfen von einzelnen deutschen Arbeitern gegeben hat: Lebensmittel, vor allem Brot, aber auch Kleidungsstücke und Zigaretten



Blick in das Innere einer Wohnbaracke

Karl Iosifowitsch Epstein, der als 12-Jähriger aus Charkiw verschleppt und 1942 in das Lager am Tempelhofer Weg zur Firma Riedel & de Haën kam, beschreibt in seinem autobiographischen Bericht „Weihnachten 1942“, dass es auch solidarische Hilfen von einzelnen deutschen Arbeitern gegeben hat: Lebensmittel, vor allem Brot, aber auch Kleidungsstücke und Zigaretten

<sup>11</sup> Barbara Michalska, a.a.O.

wurden ihnen heimlich zugesteckt. Offene Schikanen von deutschen Arbeitern kamen nur selten vor, von einigen Ausnahmen abgesehen wahrten sie die angeordnete Distanz.<sup>12</sup>

Ab 1944 erschwerte die zunehmende Angst vor den Luftangriffen der Alliierten das Leben der Zwangsarbeiter\*innen im Lager. Den osteuropäischen Arbeiter\*innen war es untersagt, in den Bunkern Zuflucht zu suchen. Für sie blieben nur die Splitterschutzgräben übrig. Diese waren mannstiefe, mit Holzbrettern ausgekleidete und zugedeckte Gräben. Sie boten nur vor Splittern Schutz. Schon wenn eine Bombe auch nur in der Nähe einschlug, erdrückten die Erdmassen alle Insassen. Auf dem Lagergelände waren zwei dieser Luftschutzgräben angelegt, einer im Nord-Osten für 50 Personen und einer am südlichen Rand des Lagergeländes für 200 Personen (siehe Lager-skizze). Es waren also noch nicht einmal für alle Lagerinsassen Plätze vorgesehen.

Im Dezember 1943 und Januar 1944 wurde das Werk bei mehreren Luftangriffen beschädigt. Teile des Barackenlagers wurden in Brand gesetzt und zerstört. Anschließend musste es von den Zwangsarbeiter\*innen wieder aufgebaut werden.<sup>13</sup>

Die Luftangriffe riefen sehr unterschiedliche Gefühle bei den Zwangsarbeiter\*innen hervor. Abstrakt gesehen dienten die Bombardements ihrer Befreiung. Je-

doch gefährdeten sie genauso ihr Leben wie das der deutschen Bevölkerung. Ja mehr noch. Da sie auf dem Werksgelände lebten, waren sie in stärkerem Maße von den Luftangriffen betroffen als ihre deutschen Kollegen, die in den weniger betroffenen Wohngebieten, z. B. der Hufeisensiedlung, wohnten. Neben der unmittelbaren Lebensgefahr zermürbte auch die ständige Angst vor den Angriffen. Die sowjetische Zwangsarbeiterin Kazimiera Kosonowska schildert das Durchleben einer Bombardierung in den Splitterschutzgräben: „Die Bombardierungen begannen im Januar und wir wussten darüber nicht viel. Als die Sirenen heulten, wurde der Strom



Zwangsarbeiter beim Anlegen eines Luftschutzgrabens



Zwangsarbeiter retten ihre Habseligkeiten aus von Bomben getroffenen Lagerbaracken

abgeschaltet, und die Wachmänner trieben uns in den Luftschutzraum hinunter. Das waren ausgehobene Gräben hinter den Baracken, mit befestigten Wänden, von oben mit Brettern zugedeckt und mit Erde zugeschüttet. Unter diesen schrecklichen, grabähnlichen Bedingungen mussten wir den Luftangriff abwarten, während in der Nähe Bomben explodierten. In dem Raum war es stickig. Nach jeder Explosion fiel der Schutt herunter, und wir waren vor Angst wie gelähmt.“<sup>14</sup>

Man legte sich vollständig angezogen ins Bett, erschien nach einem Alarm unausgeschlafen zur nächsten

<sup>12</sup> Siehe Karl I. Epstein, Weihnachten 1942, Konstanz 2011.

<sup>13</sup> 175 Jahre Riedel-de Haën 1814–1989, a.a.O.

<sup>14</sup> Kazimiera Kosonowska, Schriftlicher Bericht über den Einsatz als Zwangsarbeiterin in Deutschland, Archiv der Berliner Geschichtswerkstatt.

Schicht und war daher einem höheren Unfallrisiko ausgesetzt. Bei Treffern entstand Chaos: Neue Unterkünfte mussten gesucht werden, Ersatzkleidung war vonnöten, schwer wog auch der Verlust der wenigen Wertsachen sowie der Dokumente.<sup>15</sup>

Die physische Gewalt und der psychische Terror, dem die osteuropäischen Zwangsarbeiter\*innen in dem Lager von Riedel & de Haën ausgesetzt waren, endete zunächst am 24. April 1945, als die Rote Armee aus Rudow und Buckow bis zum Teltow-Kanal vorstieß und den größten Teil von Britz und das Lager am Tempelhofer Weg befreite.



Soldaten der Roten Armee und befreite Zwangsarbeiterinnen

Doch die Freude währte für viele sowjetische Zwangsarbeiter\*innen nur kurz. Die sowjetischen Zwangsarbeiter\*innen galten für die sowjetischen Behörden grundsätzlich als Kollaborateure, egal ob es sich um Deportierte oder ehemalige Kriegsgefangene handelte. Die repatriierten Sowjetbürger\*innen kamen nicht direkt in die Heimat, sondern wurden in Lager gebracht, wo sowjetische Geheimdienstoffiziere jeden einzelnen befragten. Als unbelastet galt in der Regel nur, wer entweder aus einem KZ befreit worden oder zum Zeitpunkt seiner Verschleppung nach Deutschland unter 15 Jahre alt gewesen war. Von den übrigen bis März 1946 repatriierten Sowjetbürger\*innen wurden etwa 7 % als offene Kollaborateure eingestuft und zu langjährigem Aufenthalt in sowjetischen Arbeitslagern oder zum Tode verurteilt. Auch unter den übrigen ehemaligen Zwangsarbeiter\*innen waren viele bis zum Ende der Stalin-Ära Diskriminierungen bei der Vergabe von Arbeitsplätzen und im öffentlichen Ansehen ausgesetzt.<sup>16</sup>

Erst unter Gorbatschow wurden Ende der 80er Jahre Geschichte und Schicksale der sowjetischen Zwangsarbeiter\*innen neu betrachtet und bewertet. Doch das ist ein anderes Feld, das nicht mit den Verbrechen des deutschen Faschismus an den zur Zwangsarbeit nach Deutschland verschleppten Sowjetbürger\*innen in ein wie auch immer geartetes Verhältnis gesetzt werden darf.

## Danksagung:

Wir danken Dr. Karol Stanislaw Kubicki (†), Hanns Peter Herz (†), Thilo Uber (†) und Georg Weise für ihre mündlichen Informationen, Julia Dilger vom Museum Neukölln für die Bereitstellung von Dokumenten, der Berliner Geschichtswerkstatt und dem Dokumentationszentrum Zwangsarbeit für den Einblick in ihre Archive sowie Dr. Bernhard Bremberger für die Überlassung seiner Unterlagen aus dem International Center on Nazi Persecution – Arolsen Archives zur Zwangsarbeit in der Hufeisensiedlung.

<sup>15</sup> Siehe hierzu: Helmut Bräutigam, Zwangsarbeit in Berlin 1938 – 1945, in: Arbeitskreis Berliner Regionalmuseen (Hrsg.), Zwangsarbeit in Berlin 1938 – 1945, Berlin 2003, S. 37f.

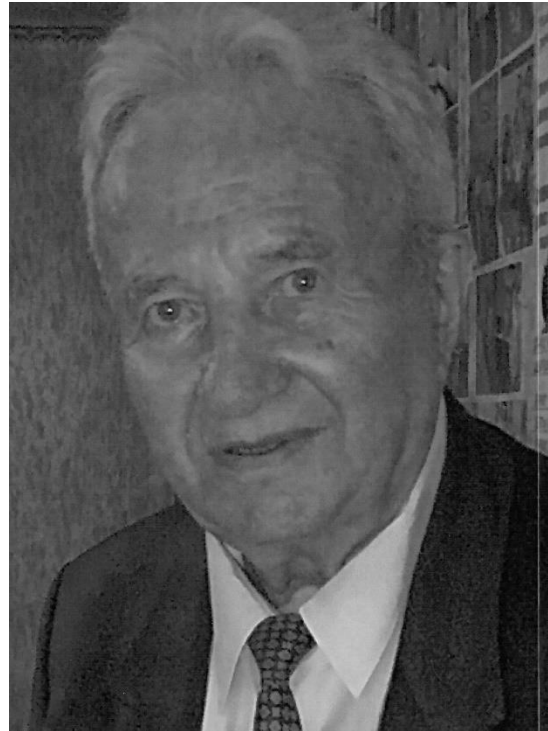
<sup>16</sup> Mark Spoerer, a.a.O., S. 154f.

### III. Weihnachten des Karl I. Epstein 1942 in der Hufeisensiedlung<sup>17</sup>

Karl Iosifowitsch Epstein wurde 1930 in Kremenchug (südöstlich von Kiew) geboren. Er stammte aus einer liberalen jüdischen Familie, so dass sein Vater ihn nicht beschneiden ließ.



Karl Iosifowitsch Epstein 1942



Karl Iosifowitsch Epstein 2009

Deshalb überlebte er als einziges Familienmitglied das antijüdische Pogrom der deutschen Soldaten im Jahr 1942. Um weiterer Verfolgung zu entgehen, fuhr der 12-Jährige mit falscher Identität als „Ostarbeiter“ nach Deutschland und gab sich als 14-jähriger Ukrainer aus. Im November 1942 kam das Kind nach Berlin und blieb dort bis Kriegsende als Zwangsarbeiter, zunächst bei der Firma Riedel, einer chemischen Fabrik in Berlin-Britz (vgl. Kapitel II). Dort hatte er Glück mit seinen deutschen Kollegen, die in ihm weniger den Fremden sahen als „das Kind“.



Gartenansicht von Häusern der Onkel-Bräsig-Straße

1942 lud ihn „einer meiner Deutschen“ zu Weihnachten nach Hause ein. Der jüdische Junge kannte weder das ukrainische „Geburtsfest Christi“ noch das deutsche Weihnachten. Der Kollege durfte ihn über die Feiertage, also für zwei Tage, mit in sein nahegelegenes Zuhause nehmen, „in eine Siedlung mit kleinen, bunten Reihenhäusern, zu denen kleine Gärten gehörten.“

über die Feiertage, also für zwei Tage, mit in sein nahegelegenes Zuhause nehmen, „in eine Siedlung mit kleinen, bunten Reihenhäusern, zu denen kleine Gärten gehörten.“

<sup>17</sup> Inhalt nach und Zitate aus: Karl I. Epstein, Weihnachten 1942, Konstanz 2011.

Zunächst einmal wurde Karl völlig neu eingekleidet. Dann durfte er sogar an der Hand des



GEHAG-Küche (1927)

Deutschen durch die Stadt gehen. Als ihn die Gattin seines Kollegen begrüßte, wunderte sie sich, dass man sogar Kinder arbeiten lasse. Zum ersten Mal erlebte er die Wohnung eines Deutschen, die ihm wie eine „Märchenwelt“ vorkam, das Badezimmer mit fließendem Wasser – sogar heiß, und eine richtige Toilette und kein Loch im Boden.

Die Gastgeberin bot ihm selbstgebackenen Kuchen an. Und Karl aß: „*Ich esse in der Küche eines einfachen Deutschen, eines deutschen Arbeiters, und versuche zu verstehen, warum die Deutschen die Juden ausrotten wollen. Warum? Weshalb? Wozu? Sie haben doch alles, sie haben so*

*gute Wohnungen, ein einfacher deutscher Arbeiter hat alles! – Mein ganzes Leben lang hatte ich noch nie solche Wunder gesehen wie hier in dieser Arbeiterwohnung! Die Hausfrau bemerkte die Tränen in meinen Augen und versuchte, mich zu trösten. Sie dachte, es seien Freudentränen, aber das waren keine Freudentränen, sondern Tränen bitteren Leides.*“

Dies bestimmt sein Weihnachten in der Familie: „*Die Deutschen rennen um mich herum und versuchen, wenigstens ein Lächeln von mir zu erhaschen! Aber ich konnte nicht lächeln. Den Grund kannte nur ich – die Deutschen hatten mir das Lächeln ausgetrieben.*“ Die erwachsenen Kinder der Gastgeber waren mit ihren Familien schon aus dem Hause. Als „*kleiner Wilder aus der Ukraine*“ stand Karl im Mittelpunkt des Festes.

Es war für ihn nahezu unglaublich: Ein rotierender Weihnachtsbaum, die Bescherung (Karl bekam eine fast neue Kinderjacke), die Übernachtung bei der deutschen Familie und die Rückkehr ins Lager – nicht ohne von der Hausfrau mit Kuchen für seine Kollegen versorgt worden zu sein.

„*Als ich in meine Baracke zurückkam, umringten mich meine Bettnachbarn und wollten wissen, wo ich gewesen sei – fast zwei Tage lang, und bei wem. Ich bewirtete sie mit dem geschenkten Kuchen und erzählte ihnen alles, was ich gesehen hatte. Sie glaubten mir, aber als ich dann von der sich drehenden Tanne berichtete – mit dem glitzernden Spielzeugschmuck, und dann auch noch die bunt flackernden Lämpchen erwähnte – wollten sie mir nicht mehr glauben. So etwas gebe es nicht, sagten sie.*

*Ich zog wieder meine Lagerkleidung an und legte alle Sachen ordentlich zusammen, die mir der Deutsche geschenkt hatte. So habe ich das deutsche Weihnachtsfest kennengelernt, an Weihnachten 1942.*“



#### **IV. Über unsere Initiative:**

„Hufeisern gegen Rechts“ ist ein Zusammenschluss von Anwohner\*innen der Hufeisen- und Krugpfuhlsiedlung in Berlin-Britz. Seit 2012 streiten wir gegen rechte Gewalt und Ideologie und für demokratische Toleranz und ein gleichberechtigtes Miteinander von Menschen aus verschiedenen Kulturen und mit unterschiedlichen Lebensentwürfen. Unser Engagement steht in der humanistischen Tradition unserer Siedlungen, deren Entstehung eng mit dem Kampf um eine sozial gerechte und lebenswerte Gesellschaft verbunden war. Unsere Aktivitäten richten sich in erster Linie an unsere Nachbar\*innen, die Bewohner\*innen unserer Siedlungen. In unseren Aktivitäten stellen wir das Gemeinsame in den Vordergrund - ohne das Trennende zu übersehen.



**In ähnlicher Aufmachung sind von der Anwohner\*inneninitiative „Hufeisern gegen Rechts“ bisher folgende Broschüren herausgegeben worden:**

1. **Stanislaw Kubicki – ein deutsch-polnischer Avantgardist aus der Hufeisensiedlung, Berlin 2014, 2. Auflage Berlin 2018.**
2. **Margarete Kubicka, Illustrationen zu dem Roman „Die drei Sprünge des Wang-lun“ von Alexander Döblin, Berlin 2015.**
3. **Georg Obst – ein Britzer Sozialdemokrat im Widerstand, Berlin 2016.**
4. **Wienand Kaasch – Gewerkschafter, Kommunist, Widerstandskämpfer, Berlin 2017.**
5. **Adolf Mockrauer – jüdischer Apotheker der Hufeisen- und Krugpfuhlsiedlung. Von den Nazis ins chilenische Exil und in den Tod getrieben, Berlin 2018.**
6. **Rudolf Peter – „Hitlers Niederlage ist nicht unsere Niederlage, sondern unser Sieg!“ – Widerstandskämpfer der Saefkow-Jacob-Bästlein-Gruppe, Berlin 2018.**
7. **Gertrud Seele –wegen Wehrkraftzersetzung von den Nazis ermordet, Berlin 2018.**
8. **Charlotte Adel, Widerstandskämpferin, Mitglied der SAPD, Berlin 2018.**
9. **Leon Hirsch – jüdischer Verleger, Buch- und Kunsthändler, Berlin 2019.**
10. **Vom Rechtspopulismus zur völkischen Rechtspartei – AfD (Teil 1), Berlin 2019.**
11. **Vom Rechtspopulismus zur völkischen Rechtspartei – AfD (Teil 2), Berlin 2020.**
12. **Margarete Kubicka – Künstlerin, Pädagogin, Anarchistin und Antifaschistin, Berlin 2020.**
13. **Elfriede und Werner Schaumann - Gegen Krieg und Faschismus, Berlin 2021.**
14. **Friedrich Rehmer – Rote Kapelle, Berlin 2022.**
15. **Frida Winckelmann – sozialistische Pädagogin im Widerstand, Berlin 2022.**

# Feierliche Enthüllung einer temporären Gedenktafel für das Zwangsarbeiterlager in der Onkel-Bräsig-Straße am 8. Mai 2021

Die Anwohner\*inneninitiative *Hufeisern gegen Rechts* lädt ein zur Ausstellung



## Zwangsarbeit in der Hufeisensiedlung – eine verdrängte Geschichte

- Samstag, den 8. Mai, 13-17 Uhr auf dem Platz vor der Hufeisentreppe
- 16.30 Uhr Enthüllung einer Gedenktafel am Standort des ehemaligen Zwangsarbeiterlagers Onkel-Bräsig-Str. 6-8

Millionen Menschen aus den besetzten Gebieten, vor allem aus Polen und der Sowjetunion, hatten die Nazis während des zweiten Weltkriegs als Zwangsarbeiter\*innen nach Deutschland verschleppt. Lange Zeit wollte oder konnte sich niemand in der Hufeisensiedlung an Zwangsarbeiter\*innen erinnern. Und doch gab es sie.

In zwei Lagern sowie mehreren Haushalten und kleinen Gewerben lebten und arbeiteten hauptsächlich aus Polen und der Sowjetunion deportierte Frauen und Männer unter teils unwürdigen Bedingungen. Vor allem sie haben den 8. Mai 1945, den *Tag der Befreiung vom Faschismus*, als solchen empfunden.

Mit der Ausstellung und der Gedenktafel wollen wir daran erinnern: Rassismus und Missachtung der Menschenwürde sind Verbrechen! In unserer Siedlung haben sie keinen Platz.

Sie sind herzlich eingeladen.

Ihre Anwohner\*inneninitiative *Hufeisern gegen Rechts*



[www.hufeiserngegenrechts.de](http://www.hufeiserngegenrechts.de)

